CDU

LANDESVERBAND BRANDENBURG

Dein Land kann‘s besser.

REGIERUNGSPROGRAMM DER CDU BRANDENBURG

Regierungsprogramm CDU Brandenburg 2024

Beschlossen durch den Landesausschuss am 25. Mai 2024 in Potsdam

Gut 30 Jahre nach der Deutschen Einheit haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger eine beeindruckende Aufbau- und Entwicklungsleistung vollbracht. Mit Kreativität, Fleiß und Disziplin, aber auch mancher Entbehrung und Enttäuschung wurden die schwierigen Veränderungen der 1990er Jahre bewältigt. Mit der Wirtschaft und dem Wohlstand ging es zunächst langsam, später aber spürbar voran. Regionen sind aufgeblüht, und viele Familien haben in Brandenburg Heim und Heimat gefunden. Doch die positive Grundstimmung eines Aufsteigerlandes wird nun in Frage gestellt. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, steigende Preise, die Folgen des Klimawandels, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die damit einhergehende Energiekrise haben Zweifel an einer besseren Zukunft aufkommen lassen.

In diesen schwierigen Zeiten hat es die Bundesregierung nicht vermocht, ihrer Verantwortungs- und Führungsrolle gerecht zu werden. Stattdessen wurden die Menschen durch handwerklich schlechte Gesetze und überhastete Kurswechsel verunsichert. Das hat zu Wut, Frustration und Protest beigetragen. Eine realitätsferne Energiepolitik mit dem übereilten Atomausstieg, die unausgegorene Wärmewende und das bevormundende Heizungsgesetz, aber auch die Fehlanreize des Bürgergelds und vor allem die mangelnde Konsequenz in der Migrationspolitik sind hier besonders hervorzuheben. Die Menschen spüren, dass eigentlich Selbstverständliches in Frage gestellt wird. Sie merken, dass das Leben ständig komplizierter wird, der Staat immer mehr verlangt und sich Leistung kaum noch lohnt. Mancher sieht seinen mühsam erarbeiteten Wohlstand gefährdet. Andere erleben, dass Unternehmen Investitionen aufschieben, Stellen streichen oder sogar in Existenznot geraten. Und viele fürchten um den Frieden und die Sicherheit in unserem Land. Diese negative Stimmung führt zur Polarisierung verschiedener Gruppen, die einander nicht mehr zuhören und nicht mehr mit Argumenten um den besten Weg ringen, sondern sich unversöhnlich gegenüberstehen. Diese Lage spielt Populisten in die Hände, verroht die politische Kultur und gefährdet letztendlich unsere Demokratie.

Um dem Vertrauensverlust in Politik und staatliche Institutionen entgegenzuwirken, braucht es neuen Mut und Zuversicht. Dies gelingt, wenn der Staat seine Kernaufgaben wieder zuverlässig erfüllt: Wir stehen für

- einen Rechtsstaat, der für Ordnung und Sicherheit sorgt
- eine Wirtschafts- und Energiepolitik, die Wachstum im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft fördert
- ein Bildungssystem, das die notwendigen Grundlagen vermittelt
- eine Strukturentwicklung, die alle Landesteile verbindet sowie flächendeckende Versorgung und Unterstützung sichert

- ein gesellschaftliches Klima, in dem Fleiß belohnt und Leistung anerkannt wird, Eigenverantwortung gefördert und Fürsorge garantiert sowie Werte vermittelt und Traditionen gepflegt werden
- eine altersgerechte Politik, die den Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu einer älter werdenden Gesellschaft gerecht wird und dabei die Bedürfnisse der jüngeren Brandenburgerinnen und Brandenburger zur gerechten Lastenverteilung zwischen den Generationen angemessen einbezieht

Wir sind überzeugt: Auch in diesen schwierigen Zeiten ist Brandenburg zu einem neuen Aufbruch fähig. Denn die Menschen in unserem Land haben oft bewiesen, dass sie aus eigener Kraft und entgegen düsterer Prognosen unsere Brandenburger Erfolgsgeschichte schreiben. Das nächste Kapitel wollen wir gemeinsam mit allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern aufschlagen. Dabei gilt: Keine Ideologie, keine Bevormundung, kein Verzetteln – wir werden „das Richtige richtig machen“.

I. Freiraum und Fortschrift – Entscheidung für eine starke Wirtschaft

II. Preis und Leistung – Entscheidungen für eine verantwortungsvolle Energieversorgung

III. Konsequent und sicher – Entscheidung für einen handlungsfähigen Staat

IV. Begrenzen statt Ausgrenzen – Entscheidung für Humanität und Ordnung

V. Schluss mit Schlusslicht – Entscheidung für erfolgreiche Bildung

VI. Schnell und einfach – Entscheidungen für einen modernen Staat

VII. Mobilität von A(uto) bis Z(ug) – Entscheidung für gute Verbindungen

VIII. Soziales und Gesundheit – Entscheidung für Lebensqualität und Unterstützung

IX. Land und Leben im Einklang – Entscheidung für unsere Landwirtschaft und Umwelt

X. Heimat und Tradition – Entscheidung für gesellschaftlichen Zusammenhalt

I. Freiraum und Fortschritt – Entscheidungen für eine starke Wirtschaft

In drei Jahrzehnten haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger durch Fleiß und harte Arbeit unser Land vorangebracht und Werte geschaffen. Doch das Erreichte ist durch politische Fehlsteuerungen auf der Bundesebene, durch hohe Energiekosten, fehlende Fachkräfte und eine erdrückende Bürokratie gefährdet. Der internationale Wettbewerb droht an uns vorbeizuziehen. Es braucht einen wirtschaftlichen Befreiungsschlag, um auch in Zukunft Wachstum und Wohlstand zu sichern. Dringend notwendig ist insbesondere eine echte Steuerreform auf Bundesebene. Wir bekennen uns zum Europäischen Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten. Wir werden die bestmöglichen Voraussetzungen für unsere Industriebetriebe und unsere kleinen und mittleren Unternehmen schaffen. Dafür setzen wir auf Zukunftstechnologien, Innovation und Mut. Es braucht verlässliche Rahmenbedingungen, gezielte Förderung und Freiräume.

1. Brandenburg – Heimat der Fleißigen

Das Leistungsprinzip ist unser Kompass. Deshalb machen wir uns insbesondere stark für die Bürgerinnen und Bürger, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen. Für die Angestellten, Handwerker, Unternehmer und Freiberufler, die mit ihren Händen und ihren Köpfen für unseren Wohlstand sorgen. Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet – eine einfache Formel, die aber leider immer mehr zur Ungleichung geworden ist. Mit der Einführung des Bürgergeldes wurde der Gedanke des Förderns und Forderns aufgegeben. Dies gilt es dringend zu korrigieren:

- Fleiß und Leistung müssen sich wieder deutlich stärker auszahlen
- das Bürgergeld schafft Fehlanreize und muss durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden, bei der Fördern und Fordern wieder gilt
- wer arbeitsfähig ist und zumutbare Arbeit ablehnt, ist nicht bedürftig, Asylbewerber sollen zudem gemeinnützige Tätigkeiten übernehmen
- die Abgabenlast muss gerade für Gering- und Normalverdiener sinken: Fleiß muss bei Überstunden und für arbeitende Rentner und Pensionäre (Aktivrente) steuerlich belohnt werden
- auf Bundesebene das unübersichtliche Steuerrecht systematisch überprüfen, um den steuerlichen Wildwuchs zurückzudrängen, sichtbare Steuervereinfachungen umzusetzen und damit für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen
- Tarifverträge schaffen Wohlstand, sichern einen fairen Wettbewerb und dienen der Fachkräftegewinnung - wir sprechen uns für eine möglichst hohe Tarifbindung aus und wollen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern
- wir wollen vor allem berufstätige Eltern durch eine beitragsfreie Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Hort entlasten

2. Brandenburg muss ein modernes Industrieland bleiben

Brandenburg ist ein erfolgreiches Industrieland mit einer besonderen Struktur: Neben großen international vernetzten Unternehmen sind zwei Drittel aller Industriebetriebe in Brandenburg kleine und mittelständische Unternehmen mit maximal 50 Beschäftigten. Besonders starke Wirtschaftszweige sind die Branchen Metallerzeugung, Metallverarbeitung, Maschinenbau, Kunststoffindustrie, Chemieindustrie, Ernährungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Optik, Photonik, Fahrzeugbau sowie die damit verbundenen Dienstleistungen Transport und Logistik. Auch künftig wird eine gesunde industrielle Basis von überragender Bedeutung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Brandenburg sein. Industrielle Wertschöpfung sichert Wohlstand und Beschäftigung und ist ein wesentlicher Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Landes:

- Stärkung des industriellen Kerns unserer Wirtschaft durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und schnelle Genehmigungsverfahren, beispielsweise durch den Einsatz von Projektmanagern
- Umsetzung des „Gesetz zur Netto-Null-Industrie“ in Brandenburg, um besondere Rahmenbedingungen beim Aufbau von Null-Emissionstechnologien zu ermöglichen
- Zukunft des PCK Schwedt sichern: bei allen gesellschaftsrechtlichen Veränderungen muss die Versorgung über die Pipelines, die Aufrechterhaltung der Produktion und der Erhalt der Arbeitsplätze gewährleistet bleiben
- CCS-Technologie mit „blauem“ Wasserstoff nutzen
- Batterie-Produktion und Recycling in Schwarzheide als Leuchtturm zur führenden Batterie-Region ausbauen
- die Stahlproduktion in Eisenhüttenstadt sichern, indem die Transformation zu neuen Technologien unterstützt wird

3. Handwerk und Mittelstand stärken

Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft. Die Betriebe brauchen und wollen keine klugen Ratschläge und Bevormundung, sondern verlässliche Rahmenbedingungen und Freiheit. Das bedeutet konsequenten und spürbaren Bürokratieabbau, eine mittelstandsfreundliche Förderpolitik sowie konkrete Unterstützung bei der Nachwuchsgewinnung. Wir wollen vor allem jungen Menschen wieder stärker vermitteln, dass Handwerk nicht nur goldenen Boden hat, sondern auch hervorragende Zukunftsperspektiven bietet. Den Meisterbrief als Zeichen von Qualität und hoher Qualifikation werden wir aufwerten:

- kostenfreien Meisterbrief einführen: nach erfolgreicher Prüfung alle Kosten, die nicht bereits vom Bund übernommen werden und die über die derzeitige Landesförderung hinausgehen, zu 100% erstatten
- Duales System der beruflichen Bildung als wesentliche Säule zur Deckung des Fachkräftebedarfs und als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit unterstützen

- berufliche und akademische Bildung bei allen Maßnahmen und Bildungsangeboten gleichwertig behandeln, die Gleichstellung höherqualifizierter Berufsbildung und des Studiums auf dem Arbeitsmarkt ist das Ziel
- Berufsschulen stärker in den Blick nehmen und fördern, sowohl bei der technischen Ausstattung als auch bei der Gewinnung und Ausbildung von Berufsschullehrern
- Gleichwertige Förderung von Berufsschulen in freier Trägerschaft und in öffentlicher Hand, alle Träger der Berufsschulen sollen gegenüber den Kammern gleichberechtigt sein
- junge Menschen mit handwerklichen Berufen und Fertigkeiten in Kontakt bringen und handwerkliche Bildung sowie berufliche Orientierung möglichst früh ansetzen, also bereits in der Grundschule
- von der 9. bis zur 10. Klasse drei obligatorische Berufspraktika im Handwerks-, Dienstleitungs- oder Sozialbereich sowie einen „Tag des Handwerks" an allen allgemeinbildenden Schulen in Brandenburg einführen
- Jugendliche ab 15 Jahren sollen bis zu vier Mal im Jahr eine Prämie in Höhe von 120 Euro erhalten, wenn sie sich in den Ferien freiwillig im Rahmen eines Praktikums im Handwerk beruflich orientieren

4. Land- und Forstwirte fair behandeln

Die Land- und Forstwirte in unserem Land sind Unternehmer – wir geben ihnen die Freiheit, sich am Markt zu behaupten. Wir wollen faire Marktbeziehungen ermöglichen. Die Gewährleistung der Ernährungs- und Versorgungssicherheit durch regionale Wertschöpfung muss gegenüber den zweifelsohne wichtigen Belangen des Naturschutzes wieder Vorrang genießen. Wo durch staatliche Bestimmungen die Nutzung von Flächen eingeschränkt wird, muss es eine echte Beteiligung und einen fairen Ausgleich geben:

- Respekt vor Eigentum und Entscheidungsfreiheit
- gesellschaftliche Wertschätzung für die Arbeit der Landnutzer stärken
- regionale Versorgungssicherheit und Wertschöpfung unterstützen
- pauschale Vorgaben oder angeordnete Flächenstilllegungen lehnen wir ab – für uns zählt Freiwilligkeit und Kooperation
- wir werden Maßnahmen der EU in Brandenburg nicht weiter überbieten
- Digitalisierung und Entbürokratisierung bei Fördermittelanträgen werden wir konsequent umsetzen
- wir setzen uns im Bundesrat für Steuererleichterungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, zum Beispiel durch eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage und großzügigere Abschreibungsregeln, ein

5. Fachkräfte halten und gewinnen

Fach- und Arbeitskräfte werden in allen Bereichen gesucht. Im Handwerk und Dienstleistungsbereich, als Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, IT-Fachkräfte oder medizinisches und pflegerisches Personal – die Fachkräftegewinnung ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre:

- Qualifizierungsangebote unterstützen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken
- Gesamtpaket für schnelle und unbürokratische Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie für Vermittlung von Wohnung, Sprachkursen, Kita und Schulplätzen schnüren
- Ausbildungsstandorte mit attraktiven Wohnangeboten für Azubis stärken
- Rentnerinnen und Rentner sollen durch attraktive Zuverdienstmöglichkeiten als Fachkräfte gehalten werden

6. Zuwanderungen und Integration von Fach- und Arbeitskräften fördern

Brandenburg ist und bleibt ein weltoffenes Land, das dringend auf Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen ist. Die inländischen Potentiale müssen gehoben und aktiviert werden, auch dann braucht es noch zwingend qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. In diesem Sinne setzen wir auf die Stärkung der legalen Erwerbsmigration:

- Unterstützung einer „Work-and-Stay-Agentur“ auf Bundesebene, die zielgenau Fachkräfte aus dem Ausland an Firmen und Unternehmen vermittelt, Schaffung einer entsprechenden Stelle auf Landesebene
- Anerkennungsverfahren müssen beschleunigt und Arbeitsgenehmigungen schneller ausgestellt werden
- keine Absenkung der Bedingungen und Voraussetzungen für Einbürgerungen: Erst am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses soll die Einbürgerung stehen
- Ausbau von Programmen zur Unterstützung von Arbeitgebern, um Zugewanderte berufsbegleitend in den Arbeitsmarkt zu integrieren

7. Risikobereitschaft, Gründungen und Unternehmensnachfolge erleichtern

Risikobereitschaft und die Übernahme von Verantwortung ist eine Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb sind Unternehmensgründungen und Startups, aber auch die Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge ein wichtiger Teil unserer Wirtschaftspolitik. Es mangelt zwar nicht an Förderprogrammen, aber die bürokratischen Vorgaben und Antragsverfahren sind nach wie vor hohe Hürden. Wir dürfen Unternehmerinnen und Unternehmer nicht Wochen oder gar Monate warten lassen:

- junge Menschen für das Unternehmertum begeistern und in Schulen und Hochschulen vermitteln, wie Existenzgründungen in Brandenburg erfolgen

- Gründungsturbo: Existenzgründungen, Start-ups und digitale Gewerbeanmeldung sollen in kurzer Zeit erfolgen
- kleinen und mittleren Betrieben bei der Suche nach Unternehmensnachfolgern durch den Aufbau eines Nachfolgemanagements helfen sowie den Übergang erleichtern, zum Beispiel durch Verlängerungen oder Bestandsschutz von Genehmigungen

8. Bürokratiebelastungen für die Wirtschaft reduzieren

Für die Wirtschaft sind überbordende, bürokratische Normen und Standards ein großes Hemmnis. Für eine aktivierende Wirtschaftspolitik setzen wir auf weniger Vorschriften und mehr Geschwindigkeit durch Digitalisierung und optimierte Prozesse:

- Zusammenarbeit mit Kammern, Verbänden und Einrichtung eines Meldeportals für Unternehmen und Bürger, bei dem konkrete Belastungen benannt, aber auch Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet werden
- Berichts- und Statistikpflichten abbauen und so weit wie möglich Genehmigungsfiktionen einführen
- Überarbeitung und Vereinfachung von Antragsstellungen mit dem Ziel der vollständigen Digitalisierung

9. Gewerbe- und Industrieflächen ausweisen und erschließen

Gewerbe- und Industrieflächen werden in Deutschland knapp, und große Investitions- oder Infrastrukturvorhaben haben lange Vorlaufzeiten. Schnelle und rechtssichere Entscheidungen sind dabei entscheidend, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Ein gutes Beispiel dafür war die Tesla-Ansiedlung: Die Ausweisung von 300 Hektar Fläche als Industriegebiet mit einem Bebauungsplan für eine Automobilfabrik sowie die Nähe zu Bahn- und Autobahnanschlüssen waren überzeugende Argumente im Wettbewerb. Zudem kann Brandenburg seine oft dünne Besiedlung als Standortvorteil ausspielen:

- Industrie- und Gewerbeflächen mit Ansiedlungspotential identifizieren und zentrale Planungs- und Genehmigungsschritte als Vorleistung umsetzen bzw. auf Vorrat ausweisen und mit standortnaher Energieversorgung verzahnen
- die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen mit Ansiedlungspotential soll insbesondere in finanzschwachen Kommunen mit einem landesweiten Investitionsfonds kofinanziert werden
- Einrichtung eines Kompetenzzentrums des Landes, das insbesondere Kommunen mit kleiner Verwaltung bei der Planung von Gewerbeflächen und bei Unternehmensansiedlungen fachlich unterstützt
- das bestehende Förderprogramm für Kommunen zur Erstattung von Planungskosten (Planungsförderrichtlinie) verstätigen und den Zugang erleichtern
- aktiv für die weitere Ansiedlung deutscher und internationaler Unternehmen werben
- in Abstimmung mit dem Bund und anderen Ländern prüfen, inwieweit im Rahmen der verfassungsgerichtlichen Vorgaben grundsätzliche Festlegungen oder

Genehmigungen durch den Gesetzgeber selbst getroffenen werden können, ohne die Rechtsschutzmöglichkeiten im übrigen Verfahren zu beeinträchtigen

10. Förderprogramme und Ausschreibungen vereinfachen

Die Vergabekriterien für die Wirtschaftsförderung werden wir mit dem klaren Ziel überarbeiten, den Aufwand und die Kosten spürbar zu verringern. Evaluations- und Nachweispflichten stehen dabei ebenso auf dem Prüfstand wie sachfremde und überflüssige Kriterien bei der Auftragsvergabe:

- Antragsstellung und Abwicklung von Förderprogrammen in Brandenburg vollständig digitalisieren und in einer übersichtlichen Plattform zusammenführen
- Förderprogramme so gestalten, dass sie auch für kleine Unternehmen mit vertretbarem Aufwand nutzbar sind
- Effektivität der Förderprogramme messbar und transparent überprüfen und Kontrollmechanismen entwickeln, um Erfolg, aber auch Missbrauch und Fehlinvestitionen zu erkennen
- Vergabegesetz des Landes gemeinsam mit Berlin vereinfachen, vereinheitlichen und verschlanken
- der Vergabemindestlohn ist seit der Einführung des allgemeinen Mindestlohns entbehrlich
- vergabefremde Kriterien, beispielsweise gleichstellungspolitische Regelungen, lehnen wir ab, da sie vor allem kleine Unternehmen benachteiligen

11. „Brandenburger Wirtschaftsrat“ einrichten

Expertise, Austausch und Anregungen aus der Praxis – das ist gerade in schwierigen Zeiten wichtig. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit den Kammern, den wirtschaftlichen Interessenvertretungen und der Wissenschaft institutionalisieren:

- „Brandenburger Wirtschaftsrat“ als Beratungsgremium der Landesregierung einrichten, der aus Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Gewerkschaften, Hochschulen und Forschungseinrichtungen besteht
- Themenschwerpunkte sollen Digitalisierung, Bürokratieabbau und Förderpolitik, Fachkräftesituation und die strategische Positionierung des Wirtschaftsstandorts Brandenburg auf nationaler und internationaler Ebene sein
- der Rat soll Vorschlags- und Beteiligungsrechte haben

12. Flughafen und Flughafenumfeld weiterentwickeln

Der Flughafen Berlin Brandenburg (BER) ist das größte Unternehmen mit Beteiligung des Landes und ein wichtiger Impulsgeber der wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadtregion. Die Corona-Pandemie hat den internationalen Flugverkehr nachhaltig beeinträchtigt und den BER in finanzielle Schwierigkeiten gebracht, die bis heute nicht ganz bewältigt sind. Wir wollen, dass der Flughafen BER in den nächsten Jahren zu einem wirtschaftlichen Erfolg und in die finanzielle Unabhängigkeit geführt wird. Der

Flugverkehr vom und zum BER muss deutlich zunehmen und insbesondere die Attraktivität für transatlantische und interkontinentale Verbindungen erhöht werden:

- Offenheit für den Einstieg eines strategischen Investors bei der FBB GmbH, um neue Potentiale zu erschließen und wirtschaftlichen Erfolg zu erreichen
- Angebot von Langstreckenflügen ausbauen, damit der BER als Hauptstadtflughafen im Vergleich der europäischen Hauptstädte von einem hinteren auf einen vorderen Platz rückt
- Flughafenumfeld in den nächsten Jahren weiterentwickeln und sowohl Straßen- als auch Bus- und Bahnverkehr ausbauen
- konsequente Umsetzung der Schallschutzprogramme
- Unterstützung der Arbeit der Fluglärmkommission und die weitere Finanzierung des Fluglärmbeauftragten absichern

13. Bezahlbaren Wohn(t)raum erfüllen

Jeder, der in Brandenburg leben und arbeiten will, soll eine realistische Möglichkeit haben, als Mieter oder Eigentümer ein schönes Zuhause zu finden. Deshalb werden wir den Bau von bezahlbarem Wohnraum unterstützen und fördern, damit Wohnen nicht immer mehr zur sozialen Frage wird. Wir wollen die Eigentumsquote steigern, egal ob mit Blick auf die städtische Eigentumswohnung oder den Dreiseitenhof. Wir wollen, dass mit Fleiß und Leistung das eigene Haus oder die eigene Wohnung ein erreichbares Ziel bleibt und der Traum vieler Familien auch in Zukunft wahr werden kann. Deshalb werden wir bei der Grunderwerbsteuer für rasche Entlastungen für selbstgenutztes Eigentum sorgen:

- vollständige Kofinanzierung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung sicherstellen und auf hohem Niveau fortsetzen
- Programm zur „Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums“ ausweiten und die Fördersummen an das gestiegene Baukostenniveau anpassen
- Baulandoffensive starten, um neue Flächen für bezahlbares Bauland auszuweisen; Spielräume im Landesentwicklungsplan für Kommunen bestmöglich ausnutzen und die Planungsförderung für Kommunen aufstocken
- „Bündnis für Wohnen“ fortsetzen
- für Kommunen wichtige Förderprogramme der Städtebauförderung durch Kofinanzierung der Bundesmittel stärken und konsequent nutzen
- Brandenburg-Bonus einführen: Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum – 150.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind

14. Nachhaltig und klimafreundlich bauen

Nachhaltiges Planen und Bauen ist wichtig für den Klimaschutz. Brandenburgs Firmen haben beachtliche Kompetenzen im seriellen Bauen mit Holz. Die Kompetenzstelle „Nachhaltiges Planen und Bauen in Brandenburg“ ist ein Erfolg und bietet Mehrwert für Entscheider, Planende und Ausführende. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem

Geschosswohnungsbau bzw. auf dem Bau und der Sanierung von Schulen, Kitas sowie Verwaltungsgebäuden. Wir wollen das nachhaltige und klimafreundliche Bauen in Brandenburg weiter stärken:

- Ausbau und Weiterentwicklung der Kompetenzstelle
- Abbau von regulatorischen Hemmnissen für das Bauen mit Holz und anderen nachhaltigen Bauweisen
- Genehmigungsfiktion für Baugenehmigungen

15. Tourismusentwicklung weiter vorantreiben

Brandenburg ist unsere Heimat – und was für eine schöne Heimat! Sie zieht Menschen aus ganz Deutschland und darüber hinaus an. Als Urlaubs- und Erholungsziel ist Brandenburg eine Erfolgsgeschichte, und der Tourismus leistet einen bedeutenden Beitrag zur regionalen Wertschöpfung in Stadt und Land. Aber auf dieser Erfolgsgeschichte dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern müssen sie weiterschreiben:

- Tourismusentwicklung stärker und flexibler auf den konkreten Bedarf ausrichten sowie Schwerpunkte auf den Rad- und Wassertourismus sowie den Kultur- und Gesundheitstourismus legen
- Parkmöglichkeiten für PKW in Innenstädten erhalten
- Erhalt und Ausbau der touristischen Wasserstraßen, einschließlich der dazugehörigen Infrastruktur und Personalausstattung
- Instandhaltung und Pflege der Wasserstraßen und Schleusen im Rahmen einer mit dem Bund abgestimmten Gesamtstrategie fördern
- gezieltes Marketing in der Metropolregion für Naherholungstourismus im ländlichen Raum
- Gastronomie angesichts steigender Belastungen vor allem durch hohe Energie- und Einkaufspreise unterstützen und auf Bundesebene für eine bundesgesetzliche Gewährung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 7 Prozent für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen einsetzen
- Bekenntnis zur Fortführung der Landesgartenschauen als Veranstaltungshighlight und regionalem Entwicklungsimpuls

II. <u>Preis und Leistung – Entscheidungen für eine verantwortungsvolle Energieversorgung</u>

Eine bezahlbare, verlässliche und nachhaltige Energieversorgung ist die Grundlage unserer modernen Gesellschaft und unseres Wohlstands. Gerade angesichts der jüngsten Energiekrise zählt jede nutzbare Kilowattstunde im Netz. Strom muss für die Wirtschaft ebenso wie für die Menschen im Land erschwinglich sein.
Brandenburg ist in doppelter Hinsicht Energieland: Dank der heimischen Braunkohle in der Lausitz helfen wir wesentlich dabei mit, die Grundlast der Energieversorgung zu sichern. Gleichzeitig haben wir bereits einen hohen Anteil an erneuerbaren Energieformen im Strommix erreicht.

Der weitere Ausbau kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Darum wollen wir konkrete Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung entwickeln, abseits von Sonderabgaben wie Wind- oder Solar-Euro. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss im Einklang mit einem Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten stehen. Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Preisstabilität müssen stets zusammengedacht werden. Die Förderung von Photovoltaik muss erleichtert werden.

16. Lausitz als Energieregion erhalten

Seit mehr als 100 Jahren prägt die Energieerzeugung das Bild der Lausitz und sorgt für Arbeit, Wohlstand und eine stabile Stromversorgung – nicht nur für Brandenburg. Wir wollen, dass auch in Zukunft sofort an die Lausitz gedacht wird, wenn man von starken Energieregionen in Deutschland spricht:

- an getroffene Vereinbarungen und Beschlüsse halten: kein politischer Kohleausstieg vor 2038
- Region als Standort für Batterieproduktion etablieren und Lausitz zum „Battery Valley“ entwickeln
- Cottbuser Ostsee mit deutschlandweit größtem Floating-PV-Projekt als Muster-Projekt nutzen

17. Netzausbau und Strukturen

Derzeit ist die Netzauslastung bei der Energieerzeugung für Brandenburg besonders hoch. Gleichzeitig zahlen die Brandenburgerinnen und Brandenburger wegen der hohen Netzentgelte auch sehr hohe Strompreise und profitieren nicht vom umfangreichen Ausbau der erneuerbaren Energien:

- wir fordern eine Reform der Netzentgelte und eine Absenkung der Stromsteuer auf Bundesebene über eine Bundesratsinitiative
- regional erzeugte Energie muss bevorzugt regional verbraucht oder gespeichert werden, auch um die Akzeptanz vor Ort zu steigern
- Technologieoffenheit im Bereich der Energieerzeugung, beispielsweise auch im Hinblick auf Hybridkraftwerke
- Ausbau der erneuerbaren Energien in Brandenburg mit dem Ausbau der Netze und Speichertechnologien synchronisieren
- Schaffung eines integrierten Strommanagements
- planungsrechtliche Voraussetzungen zur Errichtung von Großspeicheranlagen vereinfachen
- Ausbau neuer Leitungen muss auch unter Kostengesichtspunkten vertretbar und wirtschaftlich sein: Erdkabel nur dort verlegen, wo es zwingend erforderlich ist

18. Kommunale Wärmeplanung unterstützen

Unsere Kommunen leisten bereits einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik. Durch das Bundesgesetz sind sie zur Aufstellung einer kommunalen Wärmeplanung bis 2027 verpflichtet und werden dafür eine Förderung erhalten. Kommunen, die frühzeitig einen belastbaren Wärmeplan aufstellen, entlasten am Ende ihre Einwohner, da Privateigentümer später die geforderten Maßnahmen allein realisieren müssen. Deshalb wollen wir die Kommunen bei der Aufstellung der Wärmepläne unterstützen:

- Wärmeplanung muss technologieoffen sein und Raum für pragmatische Lösungen vor Ort lassen
- kein Rückbau der Gasnetze ohne bezahlbare Alternative
- Einrichtung eines Wärmewende-Zweckverbandes, der die Kommunen bei der Schaffung der konzeptionellen Grundlagen und Arbeitsstrukturen unterstützt sowie Hilfestellungen bei öffentlichen Ausschreibungen für Nahwärmenetz-Anbieter und bei der Auswertung von Daten bietet
- Übernahme der Ausschreibungen für die Kommunen zur Akquirierung von externen Dienstleistern durch das Land, zum Beispiel für Wärmesimulationsberechnungen
- rechtzeitige Bürgerbeteiligung und Transparenz sicherstellen

19. Windkraft brandenburgverträglich ausbauen

Windenergie ist eine wichtige Säule der Energieerzeugung. Brandenburg ist gerade beim Windkraftausbau in der Spitzengruppe der Länder und hat bereits einen erheblichen Beitrag geleistet. Um den Ausbau weiterhin verträglich zu gestalten und die Akzeptanz zu erhalten, haben wir bereits einen Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten verankert. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass betroffene Kommunen an den Erträgen angemessen beteiligt werden (Wind-Euro). Für die Zukunft gilt:

- Mindestabstand für Windkraftanlagen von 1.000 Metern zur Wohnbebauung bleibt
- Das Brandenburgische Windenergieanlagenabstandsgesetz (BbgWEAAbG) ist im Hinblick auf die neue Generation von Windrädern (Höhenzuwachs) zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln
- Wind-Euro weiterentwickeln, um Akzeptanz für Windkraftanlagen zu steigern
- den Radius der Direktvermarktung von Strom aus Windkraftanlagen erweitern
- Windkraftanlagen gehören nicht in schützenswerte Wälder
- Umwelt- und Sicherheitsaspekte berücksichtigen (Brandschutz, Bodenkontamination und der Verwendung von Klimagasen in Windkraftanlagen)
- Recycling von Windkraftanlagen (insbes. Rotorblätter) einfordern

20. Photovoltaik und Solarthermie

Auch bei der installierten Photovoltaik-Leistung belegt Brandenburg einen der vorderen Plätze. Wir wollen, dass die bekannten Potentiale insbesondere von Solarthermie sowie Dach- und Freiflächen-Photovoltaik genutzt werden. Die baurechtlichen Vorgaben, beispielsweise beim Denkmalschutz, wurden bereits angepasst. Künftig soll die Öffentlichkeit noch stärker über die verfügbaren Programme und Möglichkeiten informiert werden:

- der Nahrungsmittelanbau hat Vorrang vor der energiewirtschaftlichen Bebauung auf hochwertigen Böden
- wir unterstützen die Agri-Photovoltaik: Sie bietet Landwirten eine zusätzliche Einkommensquelle oder kann zur Eigenversorgung genutzt werden
- landwirtschaftliche Flächen, auf denen temporär Photovoltaikanlagen errichtet werden, bleiben landwirtschaftliche Flächen und werden nicht umgewidmet

21. Geothermie nutzen

Wir wollen, dass Brandenburg zu einer Vorreiterregion der Geothermie wird. Als Teil der norddeutschen Tiefebene haben wir die besten Voraussetzungen dafür. Um die Wärmewende bis 2045 umzusetzen, müssen wir sprichwörtlich alle Quellen anzapfen. Geothermie ist eine grundlastfähige, sichere und regenerative Energiequelle, die sowohl zur Wärme- als auch zur Stromerzeugung genutzt werden kann. Bereits heute sind in Brandenburg tausende Anlagen verlässlich in Betrieb. Einer intensiveren Nutzung stehen aber nicht nur anspruchsvolle geologische Voraussetzungen, sondern vor allem hohe Investitionskosten und haftungsrechtliche Fragen im Weg. Hier wollen wir die Rahmenbedingungen entsprechend verbessern:

- bürokratische Hürden für Antragsstellung und Nutzung oberflächennaher Geothermie abbauen
- übertragbare Musterfinanzierungsmodelle für Tiefengeothermie (z. B. Fondslösungen) mit den Stadtwerken entwickeln und bei haftungs- und versicherungsrechtlichen Problematiken unterstützen
- bergrechtliche Genehmigungen für Tiefengeothermie beschleunigen und wasserrechtliche Vorgaben überprüfen

22. Wasserstoff voranbringen

Es gibt vielfältige Einsatzmöglichkeiten für Wasserstoff: Als Speichermedium, bei der Wärmeversorgung oder als Kraftstoff kommt ihm eine hohe Bedeutung zu. Ausdrücklich setzen wir deshalb auch auf „blauen“ Wasserstoff als Brückentechnologie. Bis 2045 soll Wasserstoff einen Großteil des Energiebedarfs in Deutschland decken. Deutschland hat im europäischen Vergleich bei der geplanten Wasserstoffinfrastruktur die ambitioniertesten Ziele. Insbesondere die energieintensive Industrie wird einen enormen Wasserstoffbedarf entwickeln. Damit das auch Realität wird, braucht es vor

allem Planungssicherheit für die Unternehmen. Wir wollen den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft nicht nur mit Pilotprojekten oder Machbarkeitsstudien, sondern im industriellen Maßstab unterstützen:

- vorliegende Konzepte müssen in Brandenburg zügig realisiert werden
- Weiterentwicklung und Anpassung der Wasserstoffstrategie in Brandenburg
- zügiger Ausbau des Wasserstoff-Kernnetzes mit der notwendigen Infrastruktur und Pipelines
- Klärung der Möglichkeiten und Leistungsfähigkeit des brandenburgischen Wasserhaushalts für die Elektrolyse/Wasserstoffherstellung
- Erzeuger und Verbraucher von Wasserstoff vernetzen und auf einem funktionierenden Wasserstoff-Marktplatz zusammenbringen
- Bau von Wasserstoffspeichern in Brandenburg prüfen

23. Moderne CO2-Technologien nicht verschlafen

Der Wirtschaftsstandort Brandenburg ist auf die Technologien für die Nutzung, Abscheidung und Speicherung von CO2 angewiesen. Dabei geht es nicht um die Speicherung in Brandenburg, sondern um den Transport bzw. die technologische Nutzung als Rohstoff. Zudem braucht eine leistungsfähige Wasserstoffwirtschaft eine wirkungsvolle CO2-Abscheidung und -Speicherung bis „grüner“ Wasserstoff in ausreichenden Mengen vorhanden ist. Wenn wir in Brandenburg und den neuen Bundesländern jetzt die Weichenstellungen verschlafen, bedeutet das einen erheblichen Standortnachteil:

- mit Industrie, Energiewirtschaft, Verbänden und Wissenschaft einen Brandenburger Masterplan für CO2-Technologien erarbeiten
- eine Carbon Management-Strategie für Brandenburg entwickeln
- CO2-Pipeline in Ostdeutschland muss durch Brandenburg verlaufen
- Energiestrategie und Konzepte und Pläne des Landes Brandenburg mit Bezügen zu CO2-Technologien überarbeiten bzw. ergänzen

III. <u>Konsequent und sicher – Entscheidungen für einen starken, handlungsfähigen Staat</u>

Die Sicherheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger steht für uns an erster Stelle. Wir setzen Recht und Ordnung konsequent durch, ob auf unseren Straßen und Plätzen oder im digitalen Bereich. Wir werden unsere Sicherheitsbehörden personell und materiell weiter stärken. Gerade in Zeiten von Krisen und Veränderungen brauchen sie effektive Instrumente. Die digitale Transformation stellt die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen. Sie erfordert daher innovative Ansätze und Lösungen. Wir sorgen für die notwendige Unterstützung, denn wir wissen: Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit. Sie verdienen entschlossene Rückendeckung - in der gesamten Gesellschaft.

Sicherheit bedeutet aber nicht nur Schutz vor Gewalt und Kriminalität, sondern auch vor Hass und Hetze. Extremismus jeder Form und jeden Ursprungs treten wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent entgegen. Nur handlungsfähige Sicherheitsbehörden, eine starke Polizei, eine leistungsfähige Justiz und ein starker Verfassungsschutz schützen unsere wehrhafte Demokratie. Auch den Zivil- und Katastrophenschutz werden wir mit hoher Priorität weiterentwickeln, Feuerwehr und Rettungskräfte unterstützen und die Katastrophenschutzstrukturen an die veränderten Herausforderungen unserer Zeit anpassen.

24. Polizeigesetz modernisieren

Damit Polizistinnen und Polizisten für unsere Sicherheit sorgen können, brauchen sie eine belastbare rechtliche Grundlage. Deshalb werden wir das Brandenburger Polizeigesetz anpassen und grundlegend modernisieren. Wir fordern:

- die Befugnisse bei Internet- und Cyberkriminalität zu erweitern, beispielsweise bei Quellen-TKÜ, Online-Durchsuchung oder beim Einsatz von Bodycams im privaten Wohnraum unter bestimmten Voraussetzungen
- die automatisierte Kennzeichenerfassung zur Gefahrenabwehr zu nutzen
- die Einsatzkräfte flächendeckend mit Bodycams und Teasern auszustatten, um Deeskalationsmöglichkeiten zu verbessern und den Schutz der Polizisten und Polizistinnen zu erhöhen
- die Ausstattung stets nach aktuellem Standard und mit der erforderlichen modernen Technik bereitzustellen
- die namentliche Kennzeichnungspflicht abzuschaffen
- unkomplizierte Auskunftssperren für Vollzugsbeamte in exponierten Bereichen zu ermöglichen

25. Personalausstattung an Aufgaben anpassen

Für die wachsenden Aufgaben und Belastungen brauchen unsere Sicherheitsbehörden mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei geht es nicht um die reine Erhöhung von Personalzahlen, sondern auch um die Gewinnung von qualifizierten und motivierten Beamten, die mit Leidenschaft für unsere Sicherheit sorgen und deren Dienst die notwendige Wertschätzung der Gesellschaft finden muss:

- den Wachstumskurs konsequent fortsetzen: Die Brandenburger Polizei wird bis 2029 um 500 Stellen auf dann 9.000 Stellen erhöht
- keine Senkung der Qualifikationsanforderungen bei Einstellungsverfahren
- volle Auslastung der Ausbildungskapazitäten bei Erhalt des hohen Qualifikationsniveaus, damit die Polizei kontinuierlich Nachwuchs erhält und das Durchschnittsalter sinkt
- der bisherige Bachelorstudiengang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird in den „Bachelorstudiengang Schutzpolizei“ überführt

- eine auf der bisherigen Ausbildung und dem jetzigen Bachelorstudiengang aufbauende, zielgerichtete und systematische Spezialisierungsfortbildung für Kriminalisten schaffen
- die Polizeibeamten durch den Einsatz von technischer Automatisierung und Künstlicher Intelligenz von bürokratischen Routineprozessen entlasten, um ihnen bessere Konzentration auf die Schutzaufgaben und die Strafverfolgung zu ermöglichen
- Aufbau eines Landespolizeimuseums

26. Märkische Grenzpolizei einrichten

Die Straftaten sind laut Kriminalstatistik gerade im Osten Brandenburgs gestiegen. Dabei ist insbesondere die illegale Migration eine besondere Herausforderung. Darauf wollen wir mit einer klaren Schwerpunktsetzung in der Brandenburger Polizeistruktur reagieren und eine flexibel einsetzbare Märkische Grenzpolizei einrichten, die der Bereitschaftspolizei zugeordnet wird. Sie soll personell in Form einer zusätzlichen Hundertschaft auch über die notwendige Ausstattung verfügen, um mehr mobile Kontrollen durchzuführen und immer dort zum Einsatz kommen, wo Verstärkung notwendig ist. Die betrifft hauptsächlich:

- illegale Migration und Schleusung
- Einbrüche und Diebstahl
- Drogen und Schmuggel
- Auto- oder Maschinendiebstähle

27. Extremismus begegnen, Verfassungsschutz stärken

Die Gefahren für unsere Demokratie sind vielfältig. Derzeit stellt Rechtsextremismus das größte Problem für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Aber auch der wachsende Linksextremismus und Islamismus sind eine ernste Bedrohung. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in allen Formen widersprechen den Werten unseres Grundgesetzes und unserer Landesverfassung. Unsere wehrhafte Demokratie muss allen Formen des Extremismus entschieden begegnen: Durch Repression – jede Straftat muss konsequent geahndet werden. Und durch Prävention, insbesondere an Schulen. Der Verfassungsschutz ist einer der wichtigsten Bestandteile der wehrhaften Demokratie. Er muss auf veränderte Gegebenheiten der digitalen Welt reagieren können, denn Extremisten verbreiten ihre Inhalte zunehmend über die sozialen Medien. Hinzu kommen Desinformations- und Destabilisierungskampagnen aus dem Ausland. Neben der personellen und technischen Ausstattung ist deshalb auch die Anpassung der Rechtsgrundlagen entscheidend, damit unsere freiheitliche demokratische Grundordnung auch in Zukunft wirksam geschützt werden kann:

- Anpassung des Verfassungsschutzgesetzes im Hinblick auf die Kompetenzen und Befugnisse zur Aufklärung neuer oder zunehmender Phänomenbereiche, insbesondere mehr Möglichkeiten und Befugnisse im Netz

- Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz wahren, aber den Austausch relevanter Informationen mit den Sicherheitsbehörden fördern
- Personal beim Verfassungsschutz soll auch künftig an die Herausforderungen angepasst werden und sich an der Zielzahl von 200 Stellen orientieren
- moderne technische Ausstattung, die neuen Aufgaben gerecht wird, vor allem im Bereich des Cyber-Extremismus
- Expertenkreis für politischen Extremismus aller Phänomenbereiche einrichten, insbesondere für den Bereich des religiös motivierten Extremismus
- Aussteigerprogramme wie „WageMut“ stärken und auch das Bündnis „Tolerantes Brandenburg“ in diese Richtung entwickeln

28. Steuerhinterziehung und Geldwäsche intensiv bekämpfen

Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind keine Kavaliersdelikte. Dem deutschen Fiskus entgehen Jahr für Jahr viele Milliarden an Steuern. Wir werden deshalb den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche weiter forcieren:

- Erhöhung der Anzahl der Fahnder
- Verbesserung der IT-Ausstattung
- Nutzung von künstlicher Intelligenz zur Aufklärung von Steuerstraftaten
- Verbesserung der Zusammenarbeit der nationalen mit den internationalen Behörden

29. Bürgernahe Justiz und handlungsfähigen Rechtsstaat stärken

Ein handlungsfähiger Staat braucht eine leistungsstarke, zukunftsfähige und bürgernahe Justiz, die einen wirksamen Rechtsschutz sichert. Wenn die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt, schreckt dies Straftäter ab und macht unser Leben sicherer. Eine effiziente Justiz ist auch ein Standortfaktor für die Wirtschaft. In einem Rechtsstaat müssen sich alle darauf verlassen können, dass die geltenden Gesetze eingehalten und durchgesetzt werden. Wir stehen für eine leistungsstarke Justiz, die einen wirksamen Rechtsschutz und eine konsequente Strafverfolgung sicherstellt und auf aktuelle Entwicklungen reagiert:

- Erhalt aller bestehenden Justizstandorte und Fortsetzung des aufgabenbezogenen Stellenaufwuchses zur Verfahrensbeschleunigung
- Ausweitung der Gerichtstage, um Bürgernähe zu steigern
- weitere Steigerung der Attraktivität der Berufe in der Justiz durch amtsangemessene Besoldung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und den Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- Gerichtsvollzieher durch Ausbildung an Fachhochschulen in den gehobenen Dienst überführen und dafür einen gemeinsamen Studiengang Rechtspfleger/Gerichtsvollzieher mit Berlin prüfen
- weitere Digitalisierung der Justiz (z.B. Errichtung von digitalen Rechtsantragsstellen zur Erleichterung des Zugangs zur Justiz)

- Reduzierung von Verfahrensaufwand und Verfahrenslaufzeiten in der Justiz durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, insbesondere in Massenverfahren (zum Beispiel in den Verfahren zu Fluggastrechten)
- mehr beschleunigte Verfahren gemäß §§ 417 ff. StPO, wonach Strafen im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Tat ergehen und die Handlungsfähigkeit des Staates unterstrichen wird
- Einführung von kindgerechten Zeugenbetreuungszimmern an allen Gerichtsstandorten
- Veranstaltungsreihe „Tag des Rechtsstaates“, um Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit zu geben, die Justiz kennenzulernen
- Fortführung einer konsequenten Drogenpolitik und entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalitätsentwicklungen im Zusammenhang mit der Cannabislegalisierung
- Einfordern der Vorratsdatenspeicherung auf Bundesebene, um eine effektive Bekämpfung des Kindesmissbrauchs und der Hasskriminalität im Internet zu ermöglichen
- Weiterer Ausbau der Vermögensabschöpfung auch zur Bekämpfung von grenzüberschreitenden Straftaten im Bereich der Terrorismusfinanzierung und der organisierten Kriminalität
- Unterstützung von Menschen, die sich für unseren Staat engagieren oder ein öffentliches Amt bekleiden und Opfer von Angriffen werden, beispielsweise ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker
- Justizneutralitätsgesetz einführen, um in den Gerichten extremistische Symbole, Tätowierungen, Kleidungsstücke oder Verschleierungen zu untersagen, die eine bestimmte religiöse, weltanschauliche oder politische Auffassung zum Ausdruck bringen
- Stärkung des Justizvollzuges durch weitere Verbesserungen für die Sicherheit der Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten, beispielsweise durch die Wiedereinführung von Schusswaffen bei Gefangentransporten
- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Justiz in Krisensituationen (u. a. autarke Versorgung, sichere Kommunikationsmittel, resiliente IT-Systeme)

30. Opferschutz vor Täterschutz stellen

Die Opfer von Straftaten gehören in den Mittelpunkt von Unterstützungsangeboten des Staates. Mit dem Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt wurde ein wichtiger Meilenstein gegen häusliche Gewalt in Brandenburg erreicht. Wir wollen die Opferschutzstrukturen im Land verzahnen und ausbauen:

- Stärkung und Unterstützung der Arbeit der Opferhilfevereine im Land Brandenburg durch regelmäßige finanzielle Hilfen
- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle bzw. eines Ansprechpartners für Opfer und deren Angehörige in Fällen von Großschadensereignissen
- schnelle und unbürokratische therapeutische Hilfe bei schweren Gewalt- und Sexualdelikten sowie psychosozialer Beistand bei Gerichtsverhandlungen

- Einrichtung von Childhood-Häusern, um durch Missbrauch und Misshandlung geschädigte Kinder besser zu schützen
- Möglichkeiten des neuen Gesetzes zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen konsequent anwenden, beispielsweise durch die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) bei potentiellen Sexual- und Gewaltstraftätern in sogenannten „Hochrisikofällen“

31. Bevölkerungsschutz auf neue Lage ausrichten

Die vergangenen Jahre haben verdeutlicht, wie wichtig funktionierende Institutionen sind. Pandemien, militärische Aggressionen oder Angriffe auf die kritische Infrastruktur erfordern effektive staatliche, aber auch zivilgesellschaftliche Strukturen. Darauf werden wir mit konkreten Maßnahmen reagieren – sowohl bei den Konzepten als auch bei den Strukturen. Im Krisen- oder Katastrophenfall braucht es klare Abläufe und Zuständigkeiten, aber auch qualifiziertes Personal. Brandenburg braucht eine Sicherheitsstrategie, die im Ernstfall wirklich funktioniert:

- Errichtung eines Landesamtes für Bevölkerungsschutz, das aus der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt hervorgehen und Brand- und Katastrophenschutz sowie Zivilschutz zusammenführen, koordinieren und stärken soll
- Erarbeitung einer Brandenburger Sicherheitsstrategie als ganzheitliches Konzept zum Bevölkerungsschutz, das alle Institutionen und Prozesse zur Krisenbewältigung zusammendenkt und die Koordination zwischen Bund, Land und kommunaler Ebene verbessert
- Zusammenarbeit der anerkannten privaten Hilfsorganisationen wie Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser Hilfsdienst sowie mit dem Technischen Hilfswerk weiter ausbauen und fördern
- Weiterentwicklung der Katastrophenschutz-Leuchttürme in Brandenburg
- Grundkompetenzen im Krisenmanagement zum festen Bestandteil der Ausbildung im öffentlichen Dienst machen
- Kinder und Jugendliche in der Schule altersgerecht über Bevölkerungsschutz aufklären und frühzeitig auf Krisensituationen vorbereiten
- für allgemeine Dienstpflicht auf Bundesebene einsetzen, um für Krisen breitere und flexiblere Basis an qualifiziertem Personal zu sichern
- Einführung eines Masterstudiengangs „Bevölkerungsschutz“
- Ausbau der bestehenden Warninfrastruktur
- ehrenamtliche Mitwirkung in den Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen im Land wertschätzen, beispielsweise durch bessere Ausstattungen oder über Sonderurlaubstage

32. Brandenburg unterstützt die Bundeswehr

Der Schutz Deutschlands vor äußeren Gefahren erfährt zu Recht wieder eine gesteigerte Aufmerksamkeit und erfordert eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge. Eines der wesentlichen Instrumente zur Verteidigung und zum Schutz Deutschlands ist die Bundeswehr. Der Bund ist in der Pflicht, für diese Aufgaben eine voll einsatzbereite Bundeswehr zu unterhalten. Die Bundeswehr hilft auch im Rahmen der Amtshilfe bei Katastrophen und Notlagen, wie zuletzt auch bei Waldbränden hier in Brandenburg. Wir sind auf die Leistungen unserer Männer und Frauen der Bundeswehr zu Recht stolz. Wir werden auch auf der Landesebene und in den Kommunen, also dort wo unsere Soldatinnen und Soldaten und die Angehörigen der Bundeswehr zu Hause sind, in unseren Anstrengungen für unsere Sicherheit und unsere Bundeswehr nicht nachlassen. Der Ausgestaltung des neuen Veteranentages kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus fordern wir:

- das Schließen einer weitreichenden Kooperationsvereinbarung mit unserem Landeskommando, um den Zugang von Jugendoffizieren zu Schulen grundsätzlich zu ermöglichen, zu fördern und zu fordern
- den dauerhaften Verzicht auf Zivilklauseln (das sind Verbote der Forschung zu militärischen Zwecken)
- öffentliche Solidarität mit der Bundeswehr durch öffentliche Gelöbnisse, Veranstaltungen anlässlich des Veteranentages und des Tages der Bundeswehr sowie durch das sichtbare Anbringen der „Gelben Schleife“ und weitere Patenschaften mit Verbänden und Einheiten,
- das kostenlose Bahnfahren in Uniform wie es mit der Deutschen Bahn bereits erfolgreich durch die CDU/CSU etabliert wurde, auch auf die Verkehrsverbünde auszudehnen

33. Schutz der kritischen Infrastruktur neu ausrichten

Deutschland und Brandenburg müssen sich auf die veränderte Sicherheitslage in Europa einstellen. Dies betrifft nicht nur Krieg und Terror, sondern auch gezielte Sabotage durch ausländische Kräfte, Extremisten oder radikale politische Gruppierungen. Deshalb gilt es, die gefährdete kritische Infrastruktur besser zu schützen:

- Landesstrategie auf Grundlage eines neuen Katasters zur kritischen Infrastruktur in Brandenburg erarbeiten, das verwundbare Knotenpunkte der Energie-, Wasser- und Datenversorgung systematisch erfasst
- passive Sicherheit und Handlungsfähigkeit erhöhen, insbesondere durch baulichen Schutz, mehr Videoüberwachung und Alarmsysteme
- Abbau von Hürden des Datenschutzes für Polizei und Sicherheitsbehörden
- Aufstellung und regelmäßige Weiterentwicklung effektiver Notfallpläne

34. Brand- und Katastrophenschutz weiter stärken

Nur mit gut ausgebildeten und ausgestatteten Feuerwehr- und Rettungskräften sind Schutz und Sicherheit unserer Bevölkerung gewährleistet. Deshalb haben wir die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren in den vergangen fünf Jahren in großem Umfang finanziell und organisatorisch unterstützt. Durch gezielte Förderung ist es zudem gelungen, wieder mehr junge Menschen für ein Engagement bei der Feuerwehr zu begeistern. Diesen Kurs werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen:

- finanzielle Unterstützung für den Brandschutz auf dem Niveau der vergangenen Jahre fortschreiben, d. h. mindestens 40 Mio. Euro pro Jahr
- Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren weiter modernisieren
- Mitglieder im Einsatzdienst der Freiwilligen Feuerwehren sollen künftig bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bei Stellenbesetzung ihrer Stadt oder Gemeinde bevorzugt berücksichtigt werden
- Ausbildung der Kameradinnen und Kameraden verbessern und den erforderlichen zweiten Schulstandort zügig realisieren
- Feuerwehrunterricht als Wahlpflichtfach flächendeckend an allen Ober- und Gesamtschulen in den Jahrgangsstufen 9 und 10 einführen
- Hochwasser- und Waldbrandschutzmaßnahmen weiter verbessern, beispielsweise durch Förderung weiterer Löschwasserentnahmestellen und spezielle Waldbrandfahrzeuge
- Einsatz- und Rettungskräfte benötigen unseren besonderen Schutz im Falle von Übergriffen im Einsatz

35. Cybersicherheitsinstitut (CSI) errichten

Die Cybersicherheit des Landes ist nicht nur ein wesentlicher Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Auch parlamentarisch-demokratische Abläufe, Verwaltungshandeln oder die Funktionsfähigkeit von Kritischen Infrastrukturen können durch Störungen oder gezielte Angriffe auf die IT-Infrastruktur des Landes nachhaltig beeinträchtigt werden. Hierauf werden wir die richtigen Antworten geben:

- „Cybersicherheitsinstitut Brandenburg“ einrichten, um Kompetenzen und Zuständigkeiten in Fragen der Cybersicherheit zu bündeln und um Doppelstrukturen zu vermeiden
- neue Behörde als „Leuchtturm der digitalen Sicherheit“ soll Schutz staatlicher IT-Infrastruktur gewährleisten und Cyber-Resilienz in für das gesamte Land Brandenburg steigern
- Beratungs- und Sensibilisierungsangebote auch für Kommunen und kommunale Betriebe, für kleine und mittlere Unternehmen, für Kritische Infrastrukturen und letztlich auch für die Bürgerinnen und Bürger

36. Glücksspiel verantwortungsvoll regeln

Wir setzen uns für ein legales und attraktives Glücksspielangebot in Brandenburg und Deutschland ein. Nur wer sich an die bestehenden Regeln hält, soll Glücksspiele anbieten dürfen. Legales Glücksspiel muss hinreichend attraktiv sein, damit der Spielbetrieb der Menschen in sichere und geordnete Bahnen gelenkt und der illegale Schwarzmarkt dauerhaft zurückgedrängt wird:

- moderne und zugleich geschützte Spielorte helfen dem Jugend- und Spielschutz am besten
- zusätzlich braucht es einen starken Vollzug gegen Illegalität im Internet oder in Hinterzimmern
- wir setzen auf strenge, am Jugend- und Spielerschutz orientierte Kontrollen und unterstützen die Suchtprävention

IV. Begrenzen statt Ausgrenzen – Entscheidungen für Humanität und Ordnung

Wir bekennen uns ausdrücklich zum christlichen Menschenbild, dem Gebot der Nächstenliebe und der daraus erwachsenden humanitären Verpflichtung und Verantwortung. Menschen in Not gewähren wir Schutz, und für politisch Verfolgte gilt das Recht auf Asyl nach unserem Grundgesetz. Ungesteuerte illegale Einwanderung überlastet jedoch die Sozialsysteme und damit die Möglichkeiten, tatsächlich Schutzberechtigten effektiv zu helfen und sie in die Gesellschaft zu integrieren. Wir unterscheiden dabei klar zwischen Asyl und Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Schutzsuchende mit begründetem Anspruch nehmen wir auf. Menschen ohne Bleibeperspektive müssen unser Land aber schnellstmöglich wieder verlassen, um eine Überlastung der Unterkünfte, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Ärzte zu verhindern. Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt erfordert eine markt- und bedarfsorientierte Regulierung:

37. Nach klaren Regeln und Prinzipien handeln

Wir wollen irreguläre Migration verhindern, reguläre Migration steuern und Integration fördern. Dafür braucht es Grundsätze und Gesetze, die auch eingehalten werden. Nur so bleibt das Asylsystem dauerhaft funktionsfähig und die gesellschaftliche Akzeptanz erhalten:

- wirtschaftliche Anreize als Asylmotivation („Pull-Faktoren“) deutlich verringern, insbesondere spürbare Absenkung der Sozialleistungen, Anwendung des Sachleistungsprinzips und von Bezahlkarten
- wer seine Identität verschleiert, keinen anerkannten Schutzstatus hat, unsere Regeln missachtet oder durch Kriminalität auffällt, hat kein Bleiberecht und keinen umfassenden Anspruch auf Sozialleistungen
- abgelehnte Asylbewerber und Asylbewerber ohne Bleiberecht müssen konsequent in ihr Heimatland zurückkehren

38. Schleuserkriminalität und illegaler Migration begegnen

Wir bekennen uns klar zu offenen EU-Binnengrenzen im Schengenraum. Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union sind nur die Ultima Ratio, können aber zur Bekämpfung illegaler Einwanderung dennoch notwendig sein:

- bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert, setzen wir die stationären Kontrollen zwischen Brandenburg und Polen fort
- Belastungen für den Pendlerverkehr, die Logistikbranche und das Gesundheitswesen wollen wir möglichst niedrig halten
- das Personal der Bundespolizei muss deutlich aufgestockt werden
- der Bundespolizei muss es künftig möglich sein, Asylbewerber, die aus einem EU-Mitgliedsstaat einreisen, zurückzuweisen
- das Konzept europäisch verwalteter Entscheidungszentren an der EU-Außengrenze unterstützen wir ausdrücklich

39. Landkreise, Städte und Gemeinden dauerhaft entlasten

Brandenburgs Kommunen haben in den vergangenen Jahren tausende Menschen untergebracht und bei der Integration unterstützt. Diese Bereitschaft kann künftig nur bewahrt werden, wenn Migration begrenzt und gesteuert wird und die Belastungsgrenzen nicht übersteigt. Dafür braucht es klare Regeln:

- Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive werden nicht auf die Kommunen verteilt
- das Landesaufnahmegesetz so ausgestalten, dass bei fehlender Bleibeperspektive eine Verweildauer bis zu 24 Monaten in der Erstaufnahme möglich ist
- für die Unterbringung sollen keine öffentlichen Räumlichkeiten wie Sporthallen in Anspruch genommen werden müssen
- Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive, die aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können, sollen in der Zentralen Ausländerbehörde als Übergangseinrichtung des Landes untergebracht werden
- im Fall abschließend rechtskräftig abgelehnter Asylverfahren soll es zukünftig in einem Landesausreisezentrum eine intensive Ausreiseberatung geben
- keine zusätzlichen freiwilligen Aufnahmeprogramme mehr

40. Konsequente Rückführung durchsetzen

Wir setzen uns für die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf Grundlage rechtsstaatlicher Verfahren auf allen Ebenen ein. Das gilt vor allem für Intensivstraftäter, die laut Kriminalstatistik einen erheblichen Anteil an den steigenden Fallzahlen haben. Wir werden die Behörden und Beamten im Land Brandenburg beim Vollzug und der Durchsetzung bestmöglich unterstützen. Die Ampelkoalition muss darüber hinaus ihr Zögern beenden und Länder wie Algerien, Armenien, Marokko oder Tunesien auf Bundesebene als sichere Herkunftsstaaten einstufen:

- Asylanträge mit sehr geringen Erfolgsaussichten schneller bearbeiten

- Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise fördern und Erreichbarkeit für Behörden und Gerichte sichern
- Rückführungszentren für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer einrichten
- Befugnisse der Polizei ausweiten, um Abschiebungen unangekündigt zu vollziehen, um Ausreisepflichtige länger in Gewahrsam nehmen zu dürfen oder die Möglichkeiten bei der Suche zu erweitern
- Priorisierung der Rückführung ausländischer Straftäter und weitere personelle Stärkung der „Taskforce“ zur Abschiebung krimineller Ausländer
- Abschiebung von Schwerkriminellen auch in Konfliktländer ermöglichen

41. Integration durch Sprache und Arbeit einfordern

Integration ist keine Einbahnstraße und muss sich am Prinzip des Förderns und Forderns ausrichten. Sie erfordert das Erlernen der Sprache sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands. Dabei ist der Spracherwerb die Grundvoraussetzung, um an der Gesellschaft teilzuhaben und in Arbeit zu gelangen. Das Landesaufnahmegesetz wollen wir daher entsprechend anpassen:

- klares Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur deutschen Leitkultur
- konkrete Integrationspflichten im Landesrecht verankern
- verpflichtende Deutschkurse für alle anerkannten Asylbewerber
- begleitenden Spracherwerb während einer Beschäftigung zulassen
- Sprachtests vor der Aufnahme in die Schule einführen und bei erheblichen Sprachdefiziten verpflichtend zusätzlichen Sprachunterricht anbieten

V. Schluss mit Schlusslicht – Entscheidungen für erfolgreiche Bildung

Bildungsstudien zeigen es regelmäßig: Brandenburg findet sich am Ende der Leistungsvergleiche. Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben oder Rechnen sind auch in der vierten Klasse leider keine Selbstverständlichkeit, insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund. Das Resultat von drei Jahrzehnten sozialdemokratischer Bildungsverantwortung ist deutlich und verheerend: Brandenburg ist eine große Bildungsbaustelle. Die sich verändernde Schülerschaft, der eingeschlagene Weg hin zu mehr Digitalisierung an den Schulen oder der überall spürbare Lehr- und Fachkräftemangel werden uns auch in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen. Diese wollen wir anpacken. Mit Expertise statt Experimenten werden wir dafür sorgen, dass Brandenburger Schülerinnen und Schüler ihren persönlichen Bildungserfolg in einem deutlich besseren Bildungsumfeld verwirklichen können als heute. Die Schule muss dabei förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern ebenso gerecht werden wie leistungsstarken. Individuelle Begabungen und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen sind vielfältig. Das muss auch beim Lernen berücksichtigt werden, ohne

ständig an den Strukturen und Konzepten zu rütteln. Dafür braucht es in den kommenden Monaten und Jahren zielgerichtete, kreative und möglicherweise auch unkonventionelle Lösungsansätze.

42. Kinderbetreuung klarer und fairer regeln

Nicht nur akuter Personalmangel und hohe Krankenstände in den Brandenburger Kitas, sondern auch die Höhe der zu zahlenden Beiträge erfordern eine grundlegende Überarbeitung der Rechtsgrundlagen:

- ein seit langem versprochenes, neues und besseres Kitagesetz als eine der ersten Maßnahmen auf den Weg bringen und dabei insbesondere die Finanzierungsbeziehungen deutlich transparenter gestalten
- eine generelle Entlastung der Familien von Gebühren durch komplette Beitragsfreiheit wird unterstützt, jedoch nicht zu Lasten der Qualität
- Fachkräftemangel im Bereich der Erzieher wird durch attraktive Rahmenbedingungen bei der Ausbildung, flexible Arbeitsmodelle und Vergütung verbessert
- Bildungs- und Betreuungsqualität stärken und einen besseren Personalschlüssel anstreben
- Seiteneinstieg in den Erzieherberuf erleichtern, aber auch die Qualifikation des Kitapersonals verbessern (höherer akademischer Anteil)
- mehr Zeit für pädagogische Leitung und Begleitung durch spürbare Anhebung des Sockels für die Leitungsfreistellung

43. Alle Kinder „schulfit“ machen

Nach der Familie ist eine gute Betreuung in Kitas eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung von Kindern in den ersten Lebensjahren. Sie entwickeln dort soziale Kompetenzen sowie grundlegende Fähigkeiten wie Motorik, Konzentration, Sprachentwicklung, logisches Denken, Wahrnehmung und Gedächtnisleistung. Kitas sind darum eine wichtige Vorbereitung für die Schule und den späteren Bildungsweg:

- für Kitakinder soll im vorletzten und letzten Kitajahr eine genormte Kurztestung stattfinden, um mögliche Förderschwerpunkte festzustellen
- für die letzten beiden Kitajahre soll ein Bildungscurriculum mit Bausteinen aus wissenschaftlich geprüften Trainings- und Förderprogrammen in den Bereichen mathematische Frühbildung und Sprache durch die Kita entwickelt werden
- für Kinder mit sprachlichen Defiziten soll das letzte Kitajahr verpflichtend sein
- Landesprogramm „Sprach-Kitas“ fortsetzen, um das nötige Fachwissen für die Sprachentwicklung von Kitakindern zu garantieren
- für stärkere Umsetzung pädagogischer Bewegungsangebote sorgen

44. Schulen mit Struktur und Freiraum ausstatten

Wir setzen auf Bildungsgerechtigkeit und die Vielfalt der bestehenden Schulformen sowie pädagogische Selbstständigkeit. Das zentrale Ziel muss dabei die Absicherung des Regelunterrichts bzw. der Stundentafel bei gleichzeitig guter Unterrichtsqualität sein:

- die Schulformen Grundschule, Oberschule, Gesamtschule, Gymnasium, Schulen der beruflichen Bildung und Förderschulen haben sich bewährt und bleiben erhalten
- Unsere Kinder sollen wohnortnah zur Schule gehen. Daher müssen alle kleinen Schulen, einzügigen Oberschulen und Schulen mit mehreren Standorten erhalten bleiben - eine Änderung der rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der erforderlichen Klassenstärken ist zu prüfen.
- ohne Antrag und Ausnahme: Kein Kind wird mehr im Alter von 5 Jahren gegen den Willen seiner Eltern eingeschult
- besonders begabte Schülerinnen und Schülern müssen besonders gefördert werden: Neben dem Erhalt der Leistungs- und Begabungsklassen wollen wir die Möglichkeit für zusätzliche interessenorientierte Unterrichtsangebote ausbauen
- Notengebung für mess- und vergleichbare Leistungsbewertungen ist wichtig und wird ab der dritten Klasse ausnahmslos verpflichtend umgesetzt
- der mittlere Schulabschluss (MSA) soll an Gymnasien künftig ohne Prüfungen in der 10. Klasse vergeben werden; eine erfolgreiche Versetzung genügt
- Ganztagsbetreuungsangebote gewinnen an Bedeutung und brauchen neben Investitionen in notwendige Räumlichkeiten einen Rechts- und Qualitätsrahmen, der allen beteiligten Akteuren Sicherheit gibt
- Schulen in freier Trägerschaft bereichern das Bildungswesen und erhalten unsere Unterstützung, sowohl finanziell als auch zum Beispiel durch die Bereitstellung von Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte freier Schulen.

45. Kurzfristig Lehrkräfte (re)aktivieren

In den kommenden Schuljahren bleibt der Lehrkräftemangel die größte Herausforderung. Wir setzen auf Maßnahmen, die schnell wirken:

- gezielte Suche nach Lehrkräften auch durch professionelles Headhunting fortsetzen und aktive Werbung im In- und Ausland betreiben
- die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll spürbar erleichtert werden, ohne dabei die pädagogische Qualität aus den Augen zu verlieren
- bereits pensionierte Lehrkräfte für einen Wiedereinstieg motivieren und hierfür bislang noch vorhandene Hürden abbauen
- noch mehr Anreize für freiwillige Mehrarbeit der Lehrkräfte setzen: Ein „Mehr“ an Aufgaben muss auch ein „Mehr“ an Vergütung nach sich ziehen; daher werden wir weitere höher bewertete Funktionsstellen schaffen, beispielsweise für

Fachkonferenzleitungen an allen Schulformen oder auch die Funktion einer pädagogischen Leitung
- Schulleiter und Lehrkräfte spürbar entlasten, beispielsweise durch Schulassistenzen, Schulsozialarbeit, IT-Personal, Gesundheitsfachkräfte und schulpsychologischen Dienst
- Schulen bekommen die Möglichkeit, Mittel für vorübergehend nicht besetzte Lehrerstellen für anderweitige Besetzungen zu verwenden
- verbessertes Gesundheitsmanagement, um Krankenstände zu reduzieren
- erst wenn alle anderen Lösungsmöglichkeiten erschöpft sind, sollte über die befristete Einführung einer Brandenburg-Stunde nachgedacht werden: Lehrkräfte können dann für eine klar begrenzte Zeit eine zusätzliche Stunde pro Woche unterrichten, diese Stunden müssen entweder wie normale Unterrichtsstunden vergütet werden oder später als Ausgleich für Arbeitszeit erstattet werden

46. Mittel- und langfristig Lehrer-Personaldecke verbessern

Ein großer Teil des bestehenden Lehrpersonals wird in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Es braucht also Ideen und Maßnahmen, um effektiv gegenzusteuern:

- bedarfsorientierte Erhöhung der Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an der Universität Potsdam und an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg anhand der Lehrermodellrechnung
- auch Lehramtsstudierende, die nur ein Fach bestehen, als Lehrkräfte einstellen
- Absenken oder Abschaffen des NC zur Zulassung für das Lehramtsstudium sowie die verstärkte Anrechnung von pädagogischer Praxiserfahrung
- an der Europa-Universität Viadrina die Möglichkeit schaffen, ausländische Lehrkräfte, insbesondere aus dem Nachbarland Polen, für eine Lehrtätigkeit in der Sekundarstufe I zu qualifizieren
- praxisbegleitender Aufbau des Lehramtsstudiums bereits ab dem 1. Semester
- Aufbau einer Pädagogischen Hochschule in Brandenburg initiieren, um Aus- und Weiterbildung sowie praxisorientierte Forschung zu fördern
- das „Brandenburg-Stipendium für Landlehrerinnen und Landlehrer“ weiterentwickeln und zielgerichtet ausbauen
- das bewährte Landesprogramm „FSJ Schule“ bleibt erhalten
- Schülerinnen und Schüler frühzeitig für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums begeistern, beispielsweise durch Mentoring-Modelle, bei denen Lehrkräfte einen Einblick in ihre Arbeit geben

47. Lesen-Schreiben-Rechnen garantieren

Bildungsstudien haben gezeigt, dass viele Brandenburger Grundschülerinnen und -schüler große Probleme haben, wichtige Bildungsstandards beim Lesen, Schreiben und Rechnen zu erreichen. Dies ist leider keine Momentaufnahme, sondern ein negativer Langfristtrend. Um eine Wende zu schaffen, werden wir sowohl die Unterrichtsgestaltung als auch die Stundentafel stärker auf Grundfähigkeiten hin ausrichten. Unser klares Ziel - den negativen Trend brechen und eine Zukunftswende in der Bildung erreichen:

- stärkere Konzentration auf die Ausbildung der Grundfertigkeiten, besonders in der Grundschule
- „Lesen-Schreiben-Rechnen-Garantie“ zum Abschluss der 4. Klasse, wenn nötig durch zusätzliche Förderstunden für Kinder mit Problemen beim Lesen, Schreiben und Rechnen
- in der Stundentafel noch deutlicher Schwerpunkte auf die Fächer Deutsch und Mathematik legen
- verpflichtendes Einführen des Lesebandes in allen Grundschulen
- Rahmenlehrpläne entschlacken und lebenspraktische Inhalte aufnehmen

48. Chancen digitaler Bildung nutzen

Brandenburgs Schulen müssen mit der Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt Schritt halten. Die sinnvolle Verknüpfung von analogem und digitalem Unterricht kann helfen, Wissen zu erwerben, zu vertiefen und die Lernmotivation zu steigern. Zudem sind individueller Unterricht, objektivere und schnellere Benotung der Schülerinnen und Schüler sowie eine bessere Diagnostik von Lernständen möglich:

- eine flächendeckende und gut ausgestattete IT-Infrastruktur mit belastbaren Internetzugängen, digitalen Endgeräten und entsprechend ausgebildetem Lehrpersonal für alle Schulen in Brandenburg, einschließlich der Berufsschulen, schaffen
- konkrete pädagogische Konzepte für digital gestützten Unterricht, überarbeitete Lehrpläne sowie verlässliche rechtliche und pädagogische Rahmenbedingungen, aber auch Empfehlungen zu technischen Mindeststandards
- wissenschaftliche Begleitung des digital gestützten Unterrichts
- Schulen aus Landesmitteln standardisierte digitale Lernmittel zur Verfügung stellen, um eine Chancengleichheit unabhängig von der finanziellen Situation des Elternhauses oder des Schulträgers zu gewährleisten
- „Digital-Budget“, auf das die Schulen nach eigenem Ermessen zurückgreifen können; mehr Mitsprache der Schulen bei der Auswahl und Beschaffung digitaler Lernmittel
- Kommunen bei der Gewinnung und Vernetzung von „digitalen Hausmeistern“ (also nicht-pädagogischem IT-Personal) unterstützen

- wir fordern die Schaffung der rechtlichen Grundlage für staatlich anerkannte „Digitalschulen“ nach dem Vorbild der Musik und Kunstschulen als ein außerschulisches Bildungsangebot zur Förderung der digitalen Kompetenz in Brandenburg

49. Attraktives Lernumfeld verbessern

Zu einem optimalen Lernumfeld gehören attraktive und gut ausgestattete Räumlichkeiten. Wir müssen den enormen Investitionsstau der vergangenen Jahre aufholen, überfällige Sanierungen vornehmen und aufkommenden Kapazitätsengpässen begegnen:

- ein weiterentwickeltes Kita- und Schulbauprogramm, um Kommunen wirksam zu unterstützen; bei den Planungsprozessen sollen auch die Bedarfe für Ganztagsangebote mitgedacht werden
- Schulträger, die besonders viele Schülerinnen und Schüler aus anderen Kommunen beschulen, sollen bei der Fördermittelvergabe Vorteile haben
- gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die Antrags-, Zuwendungs- und Vergabeverfahren vereinfachen
- digitale Ausstattungslücken (Anschlüsse, Geräte, Software) an den Schulen rasch schließen
- auf Bundesebene für ein weiteres Digitalförderprogramm (Digitalpakt 2.0) einsetzen

50. Leistungsorientierung und Werte vermitteln

Für Bildungserfolg braucht es aus unserer Sicht konkrete Leistungsanreize, ohne die jeweiligen individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler zu ignorieren. Unsere Schulen tragen auch wesentlich zur Vermittlung von Werten bei, darunter Grundprinzipien wie Toleranz, Solidarität und Respekt.

- Leitungsmessung, Benotung und Sitzenbleiben im Rahmen des bestehenden mehrgliedrigen Schulsystems gehören auch in Zukunft in unsere Schulen
- „Lernen lernen“ bereits in der Grundschule vermitteln, damit die Schülerinnen und Schüler lernen, sich neue Themen, Herausforderungen oder gesellschaftliche Entwicklungen selbst zu erschließen
- Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde umgestalten und auch soziale Kompetenzen wie Respekt, Toleranz, Streit- und Debattenkultur behandeln
- Erwerb grundlegender Fähigkeiten wie Fahrradfahren und Schwimmen durch die Schulen unterstützen

51. Demokratiebewusstsein und politische Bildung fördern

Unser Ziel ist es, das Engagement für die Demokratie zu stärken und die Bedeutung des Grundgesetzes und der Landesverfassung zu vermitteln. Dabei kommt den Schulen eine wichtige Rolle zu, aber auch der Landeszentrale für politische Bildung:

- Demokratiebewusstsein und Extremismusprävention sollen stärker in den Curricula aller Schulformen verankert werden
- insbesondere die Ausprägungen und Gefahren des Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus behandeln
- Entwicklung neuer Formate, um den gesellschaftlichen Wandel, veränderte Informationsstrukturen und die Vermittlung von Medienkompetenz zu berücksichtigen
- Angebote der Landeszentrale für politische Bildung stärker in den ländlichen Raum tragen und ihre digitalen und regionalen Angebote erweitern

52. Berufliche Bildung und Ausbildung verbessern

Die Berufsausbildung sowohl im Dualen System sowie an Berufsfachschulen sorgt für die dringend benötigten Fachkräfte von morgen. Eine Berufsausbildung ist eine hervorragende Alternative zum Studium und verdient Anerkennung und Respekt. Die duale Berufsausbildung ist weltweit einzigartig. Wir wollen sie stärken und fördern:

- Imagekampagne für die Berufsausbildung, Stärkung der Berufsberatung und der Jugendberufsagenturen in Brandenburg sowie Unterstützung von weiteren Betriebspraktika und Schnupperjobs in den Ferienzeiten
- Aufstiegsfortbildung wie die Meisterausbildung unterstützen
- Einführung einer Vergütung für die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger und in den Gesundheitsberufen, die mit der Pflege vergleichbar sind

53. Hochschulen mehr Freiheit geben

Wir verfolgen ein Leitbild des wissenschaftlichen Fortschritts, der modernen Lehre und der Wissenschaftsfreiheit. Wir bekennen uns zur Autonomie der Hochschulen:

- aktuelles Niveau von ca. 50.000 Studentinnen und Studenten in Brandenburg mindestens halten und perspektivisch erhöhen
- Planungssicherheit durch fünfjährige Hochschulverträge
- Hochschulentwicklungspläne sollen nur noch Zuschuss- sowie Zielvereinbarungen enthalten, keine Detailsteuerung durch das Ministerium
- Grundhaushalt der Hochschulen um jährlich 5 Mio. Euro erhöhen (Hochschultreppe)bedarfsorientiertes Studienplatzangebot in den Bereichen der Natur- und Ingenieurswissenschaften, Pädagogik, Medizin und Pflege entwickeln
- studentische Selbstverwaltung als wichtiges Element partizipativer Strukturen erhalten

- Hochschulen von administrativen Aufgaben entlasten, beispielsweise durch Einrichtung eines zentralen Rechenzentrums zur effizienten Bündelung von IT-Aufgaben
- Erreichen von höherer Transparenz über die Verwendung von Mitteln, die aus Beiträgen der Studentenschaft stammen, indem die Haushaltspläne der Gremien öffentlich zugänglich gemacht werden
- Verpflichtung aller Amtsträger der studentischen Selbstverwaltung zum Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung

54. Forschung, Wissenschaft und Technologie voranbringen

Treiber für Unternehmensansiedlungen und gut bezahlte Arbeitsplätze sind die Innovationen, die unser Land hervorbringt. Sie gedeihen in einem Klima der Offenheit für neue Ideen und Technologien. Einem Klima, das die Freude am Forschen mit einem zupackenden Unternehmergeist verbindet und honoriert. Eine der innovativsten Schlüsseltechnologien ist die Künstliche Intelligenz (KI). Wir wollen, dass Brandenburg nicht den Anschluss bei der digitalen Transformation verliert. Sie erfasst nahezu alle Bereiche wie beispielsweise das autonome Fahren, die medizinische Diagnostik, die vernetze Energieversorgung oder die Daten- und Cybersicherheit. Auch im Alltag der Menschen wirken sich ChatGPT & Co. unmittelbar aus. Neben großen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentialen entstehen durch diese Entwicklungen aber auch rechtliche, soziale und ethische Fragen, die wir gemeinsam mit Experten beraten wollen. Damit Brandenburg davon wächst, müssen Forschung, Wissenschaft und Unternehmen zunächst einmal zu einem kreativen Miteinander kommen:

- Einrichtung einer KI-Anlaufstelle als Kompetenz- und Netzwerkplattform, vergleichbar mit Nordrhein-Westfalen
- Enquete-Kommission im nächsten Landtag zum Thema Künstliche Intelligenz einsetzen, um den Einfluss von KI auf unser (Zusammen-)Leben und die Wirtschafts- und Arbeitssituation in Brandenburg zu untersuchen
- Verbesserung des Umfelds für innovative außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Institute durch eine Hochschulförderung, die eine innovationsfreundliche Haltung der Studentenvertretungen prämiert
- Programme auflegen bzw. bestehende bündeln und schärfen, um laufende Fördermaßnahmen zu einem Innovationsprogramm weiterzuentwickeln, das die Entwicklung von Ideen von der Grundlagenforschung bis hin zur Marktreife sowie den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen unterstützt
- Forschungsprogramme zur Kernfusionsforschung unterstützen

VI. Schnell und einfach – Entscheidungen für einen modernen, leistungsfähigen Staat

Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Gesellschaft in rasanter Geschwindigkeit und weitreichendem Ausmaß. Nicht nur Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung oder Information und Kommunikation sind davon betroffen, sondern auch der Staat, die Verwaltung und auch die Kommunen. Wir wollen die von vielen Seiten beklage Bürokratie nicht nur reduzieren, sondern im Zuge des digitalen Wandels in effiziente Strukturen und Prozesse überführen. Reduzierung und Modernisierung sind somit zwei Seiten derselben Medaille. Bei diesem Prozess setzen wir auf Verständlichkeit und Verlässlichkeit. Weder unsere Kommunen noch die Bürgerinnen und Bürger werden überfordert oder bevormundet.

55. Kommunen beteiligen und leistungsfähig halten

Die kommunale Selbstverwaltung der Landkreise, Städte, Gemeinden, Ämter und Verbandsgemeinden ist ein zentraler Baustein für eine erfolgreiche Entwicklung und die Lebensqualität vor Ort. Die bestehenden Verwaltungsstrukturen haben sich bewährt und sollen gestärkt werden:

- gelebte Subsidiarität: Örtliche Angelegenheiten sollen wieder mehr vor Ort entschieden werden
- kommunale Selbstverwaltung stärken und die Zusammenarbeit von Kommunen, Land und den kommunalen Spitzenverbänden ausbauen
- Experimentierklauseln schaffen, die es Kommunen ermöglichen, von Standards abzuweichen, um ungewöhnliche Lösungen zu erproben

56. Für weniger Bürokratie sorgen

Komplizierte und unnötige bürokratische Vorschriften belasten Bürger und Wirtschaft. Wir wollen deshalb wirksame und verbindliche Maßnahmen ergreifen, um für spürbar weniger Bürokratie zu sorgen:

- Bürokratieabbaugesetze für Brandenburg, um überflüssige Normen und Standards deutlich zu senken
- der Vorschriftenbestand am Ende der Legislaturperiode soll deutlich unter dem des Jahres 2024 liegen
- vom Land Brandenburg festgelegte Standards dürfen nicht über die der Europäischen Union hinausgehen, egal ob bei Förderprogrammen, Ausschreibungen oder in der Landwirtschaft
- Bürokratiebremse: Neue Gesetze gelten nur für fünf Jahre und müssen danach überprüft bzw. aktiv verlängert werden; für jedes neue Gesetz oder jede neue Verordnung müssen zwei Gesetze bzw. Verordnungen außer Kraft treten
- Zusammenarbeit mit Kammern, Verbänden und Einrichtung eines Meldeportals für Unternehmen und Bürger, bei dem konkrete Belastungen benannt, aber auch Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet werden

57. Digitale Verwaltungsreform starten

Zu geringes Tempo bei der Digitalisierung und Personalmangel sind die größten Herausforderungen für den öffentlichen Dienst. Wir wollen diese beiden Themen im Zusammenhang lösen und damit vor allem den Alltag der Menschen unkomplizierter gestalten. Denn die Digitalisierung bietet viele Chancen, Verwaltungen nicht nur kostengünstiger und effizienter, sondern auch bürgernäher zu machen. Unser Ziel ist dabei, dass Behörden und öffentliche Einrichtungen überall im Land gleich gut erreichbar sind und das Gleiche leisten:

- digitale Verwaltungsreform**:** digitale Prozesse nutzen, um fehlendes Personal zu ersetzen und alle Bürgerdienste künftig vollständig digital anzubieten
- Zuständigkeit für Digitalisierung einschließlich der DigitalAgentur in einem Ministerium bündeln
- Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung, insbesondere über die Strukturen des Zweckverbandes Digitale Kommunen Brandenburg (DIKOM) als zentralen Dienstleister, auch für die Landkreise
- „Open Data“ fördern, damit über das reine Veröffentlichen von Daten und Informationen hinaus Datenbestände öffentlicher Stellen in maschinenlesbaren und offenen Formaten zur freien Weiterverwendung durch externe Dritte verfügbar gemacht werden
- Once-Only-Prinzip landesweit implementieren, um die Mehrfacherfassung von Daten zu vermeiden und die Effizienz der Verwaltungsprozesse deutlich für die Brandenburger zu steigern: Brandenburger Bürger sollen ihre persönlichen Daten nur einmal den Behörden mitteilen müssen, sodass sie bei verschiedenen Behördenanfragen oder -verfahren nicht jedes Mal erneut dieselben Informationen bereitstellen müssen
- landesweiter und regelmäßiger Digitalcheck der Kommunen, um Best-Practice-Beispiele flächendeckend umzusetzen
- Betriebsprüfungen digitalisieren und beschleunigen

58. Schneller, einfacher und günstiger bauen

Mit der Novellierung der Brandenburger Bauordnung haben wir bereits erste Pflöcke zum schnelleren, effizienteren und nachhaltigeren Bauen eingeschlagen. Beispielsweise konnten wir mit der Einführung der Typengenehmigung für serielles und modulares Bauen bereits Planungs- und Bauprozesse beschleunigen und Kosten senken. Trotzdem sehen wir insbesondere in den Prozessen weitere Optimierungsmöglichkeiten, um den bezahlbaren Wohn(t)raum noch greifbarer zu machen:

- Gesamtkonzept der Baugenehmigungsverfahren in Brandenburg auf Effizienz überprüfen und anpassen: Ziel ist die Einführung von weitergehenden Genehmigungsfiktionen und Genehmigungsfreistellungen
- weitere Entbürokratisierung und Reduzierung der Anforderungen im Baurecht, zum Beispiel Abbau von natur- und artenschutzrechtlichen Hemmnissen im Landesrecht bei der Bauleitplanung

- „Virtuelles Bauamt“ schnellstmöglich flächendeckend einführen, um die Verfahren von der Antragstellung bis zur Bescheidung zu digitalisieren

59. Kommunale Aufgabenerfüllung absichern

Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie. Sie können das aber nur bleiben, wenn sie finanziell so ausgestattet sind, dass es demokratische Entscheidungsspielräume gibt. Als verlässlicher Partner der Landkreise, kreisfreien Städte und der Kommunen wollen wir die Strukturen der Daseinsvorsorge vor Ort absichern. Aus unserer Sicht reicht es aber nicht, nur einseitig auf die Kommunalfinanzen zu blicken. Vielmehr muss es auch darum gehen, die Kommunen von Aufgaben zu entlasten:

- enger regelmäßiger Austausch mit kommunalen Spitzenverbänden
- Bekenntnis zum kommunalen Finanzausgleich in der bestehenden Form
- Kommunen mit Verbindlichkeiten werden unterstützt beim Abbau ihrer Schulden
- Einführung einer kommunalen Abweichungskompetenz bei praxisfernen und nicht grundrechtsrelevanten Vorschriften, die die Bürgermeister und Landräte mit einer entsprechenden Begründung aussetzen können; das entlastet die ohnehin schon stark beanspruchten Kommunalbehörden und spart Kosten
- Sparkassen sollen in ganz Brandenburg präsent bleiben, müssen ihr Filialangebot aber wirtschaftlich überprüfen und alternative Beratungs- und Dienstleistungsformen entwickeln, beispielsweise durch Busangebote oder Schulungen für das Onlinebanking im Gemeindehaus
- damit die ab 2025 nach dem neuen Bewertungsrecht festgesetzte Grundsteuer wie versprochen aufkommensneutral bleibt, setzen wir uns für eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landespolitik ein

60. Solide Finanzen und Investitionen garantieren

Solide Haushalte sind die Grundlage für Investitionen und eine generationengerechte Finanzpolitik. Wirtschaftlich schwierige Zeiten erfordern in besonderem Maße einen verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit den verfügbaren Mitteln. Einerseits ist dies eine Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen und deren Handlungsspielräumen. Andererseits gilt es, durch kluge Investitionen und Weichenstellungen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und auch den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern:

- Aufgaben- und Ausgabenkritik in Form einer „Brandenburg-Inventur“ zu Beginn der Legislaturperiode, um Schwerpunkte neu zu justieren und Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen
- Belastungsbremse für die Bürger: keine neuen Steuern oder Abgaben
- schnellere Bearbeitungszeiten für Steuerrückerstattungen durch bessere Personalausstattung in den Finanzämtern und Digitalisierung
- unser Ziel ist eine dauerhafte, zweistellige Investitionsquote

- Brandenburger Innovationsfonds in revolvierender Form oder als Matching Fund zur Unterstützung von Start-up-Unternehmen, neuen Technologien, Produkten und Geschäftsfeldern auflegen

VII. Mobilität von A(uto) bis Z(ug) – Entscheidungen für gute Verbindungen

Brandenburg ist Pendlerland Nr. 1 in Deutschland. Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger verbringen viel Zeit auf der Straße oder der Schiene. Wir brauchen eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Wie kein zweites Bundesland hat Brandenburg in den letzten Jahren das Angebot im Regionalverkehr ausgebaut. Auf fast jeder Bahnstrecke fahren mehr Züge als 2019. Zugleich haben wir die Investitionsmittel auf ein Niveau gehoben, das es jahrzehntelang nicht gab. Trotzdem stehen wir vor allem im Bereich des Landestraßennetzes vor großen Herausforderungen.

Wir setzten auf alle Verkehrsmittel vom Auto bis zum Zug – ohne Ideologie oder Diskriminierung. Bus- und Bahnverbindungen müssen überall verlässlich verfügbar sein. Daneben setzen wir aber auch auf individuelle Mobilität. Sie bleibt insbesondere auf dem Land unverzichtbar.

61. Brandenburg bleibt (Auto-)mobil

Brandenburg ist Automobilland und bleibt (Auto-)mobil. Individuelle Mobilität ist in Brandenburg vor allem im ländlichen Raum eine Lebensrealität. Fahrverbote sowie ein generelles Verbrenner-Verbot der EU ab 2035 lehnen wir ab. Das Auto bleibt – in Zukunft klimaneutral angetrieben – für die individuelle Mobilität der Brandenburgerinnen und Brandenburger vor allem in den ländlichen Räumen weiterhin unverzichtbar:

- Sonder-Straßensanierungsprogramm nach dem Prinzip „Worst-First“ (die Schlimmsten zuerst) auflegen: Jeder Landkreis soll seine sanierungsbedürftigste Straße benennen, wir werden sie in der kommenden Wahlperiode angehen
- moderne Verkehrslenkung mit variablen Geschwindigkeitsbeschränkungen, die sich dynamisch an Verkehrs-, Wetter- und Staulagen anpassen.
- keine pauschalen Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Brandenburger Straßen über die geltenden Regelungen hinaus
- Ausbauoffensive für Elektro-Ladeinfrastruktur mit dem Ziel, 150 öffentlich nutzbare Ladepunkte jährlich neu zu schaffen
- ein Förderprogramm „Dorf-E-Sharing“ für kleine Orte auflegen: Nach Ausschreibung werden eine Ladesäule und zwei Elektroautos für die Einwohnerinnen und Einwohner zur Verfügung gestellt
- bedarfsgerechter Ausbau von Autobahnen durch den Bund

62. Modernstes Mobilitätsgesetz umsetzen

Gemeinsam mit Interessenvertretungen haben wir in Brandenburg das modernste Mobilitätsgesetz Deutschlands erarbeitet. Es bündelt erstmals die verkehrspolitischen Strategien, denkt Mobilität und Klimaschutz zusammen und blickt in die Zukunft. Jetzt gilt es, das Gesetz entschlossen umzusetzen, damit sich die Mobilität in Brandenburg weiter verbessert. Für uns ist klar: Individuelle Mobilität werden wir nur durch Anreize und attraktive Angebote verändern – nicht mit Verboten:

- klare Orientierung an den Zielen der Klimaneutralität bis 2045 und der Erhöhung des Anteils des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Rad- und Fußverkehrs bis 2030 auf 60 Prozent
- „Bündnis für Mobilität“ initiieren, in dem sich Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehrsbranche und Verbänden zusammenfinden, um gemeinsam und projektbezogen die Mobilität in unserem Land immer einfacher, flexibler und klimafreundlicher zu machen
- Zusammenspiel aller Mobilitätsformen ebenso berücksichtigen wie die unterschiedlichen Bedürfnisse städtischer und ländlicher Regionen

63. Brandenburg-Ring konzipieren und umsetzen

So wie die Ringbahn Berlin umspannt, soll ein Brandenburg-Ring die größeren Städte in Brandenburg vernetzen (Mobilitätsspinne). Durch abgestimmte Bus- und Bahn-Fahrpläne sollen in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und betroffenen Kommunen möglichst direkte und schnelle Querverbindungen konzipiert werden. Der Brandenburg-Ring ist ein wichtiger Baustein zur Umsetzung des Mobilitätsgesetzes:

- unser Ziel: Städte wie Bad Belzig, Luckenwalde, Rathenow, Neuruppin, Oranienburg, Eberswalde, Fürstenwalde oder Lübben durch intelligente Verkehrsplanung zu einem Brandenburg-Ring verknüpfen
- zusätzlich sollen engmaschige Vor-Ort-Lösungen (On-Demand-Systeme, PlusBusse) den Brandenburg-Ring unterstützen
- mit Pilotprojekten erproben, inwieweit autonomes Fahrens Teil eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs im Brandenburg-Ring sein kann

64. Landesstraßen und Brücken erhalten und ausbauen

Nach Jahren des Verwaltens ist es uns seit 2019 gelungen, die Investitionsmittel im Straßenbau deutlich zu erhöhen. Für ein Flächenland wie Brandenburg ist dies entscheidend. Investitionen in den Erhalt und die Modernisierung der Straßeninfrastruktur sind daher nicht nur eine Frage der Lebensqualität, sondern auch der Sicherheit:

- Investitionsmittel für den Erhalt und den weiteren Ausbau des Landesstraßennetzes bereitstellen
- Brückensanierungsprogramm auflegen, um in den kommenden Jahren ein Viertel der Brandenburger Brücken zu sanieren oder zu erneuern
- für den Erhalt der typischen Brandenburger Alleen einsetzen

65. Angebote von Bus und Bahn weiter ausbauen

Wir wollen den Anteil des sogenannten Umweltverbunds aus Öffentlichem Personennahverkehr sowie Rad- und Fußverkehr bis 2030 auf 60 Prozent steigern. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, für das wir Bus und Bahn noch attraktiver machen müssen:

- ambitioniertes Investitionsprogramm i2030 und den begonnenen Prozess der Streckenreaktivierungen fortsetzen und den langfristigen und möglichst überjährigen Finanzierungshorizont im Landeshaushalt sichern
- die Elektrifizierung und der Bau bzw. Ausbau von Bahnstrecken in Brandenburg sind wichtige Bestandteile der Modernisierung der Schieneninfrastruktur
- erfolgreiche PlusBus- und RufBus-Angebote weiter ausbauen, die Förderung evaluieren und an die Mobilitätsbedürfnisse anpassen
- bestehende Tarifstruktur und das Deutschlandticket familienfreundlich weiterentwickeln

66. Radverkehr weiterentwickeln

Immer mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger nutzen das Fahrrad im Alltag, für Ausflüge oder zur sportlichen Betätigung. Diese Entwicklung werden wir fördern:

- Ausbau von Radschnellwegen vorantreiben: mindestens einen Radschnellweg aus jeder Himmelsrichtung (Nord, Ost, Süd, West) auf die Metropolregion zulaufend in den nächsten fünf Jahren
- erfolgreiches Projekt „Modulares Fahrradparkhaus“ ausweiten
- in Zusammenarbeit mit Berlin weitere Bike+Ride- und Park+Ride-Flächen realisieren
- Schaffung von P&R- sowie B&R-Parkplätzen an den zentralen Bahn- und Bushaltepunkten

67. Moderne und vernetzte Mobilität anwenden

Immer mehr Menschen setzen bei der persönlichen Mobilitätsplanung – abhängig von Ziel, Wetter, Verkehrslage sowie der Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln – auf das Smartphone oder das Web. Die Brandenburger Mobilitätsangebote müssen darum – einschließlich der verschiedenen Kombinationen – auf diese Weise recherchierbar sein:

- VBB-App zu einer „Brandenburg-Mobilitäts-App“ weiterentwickeln, die die komplette Mobilitätskette mit allen Angeboten abbildet und beispielsweise Rufbus-Angebote integriert
- Brandenburg als Modellregion für autonomes Fahren auf der Schiene und auf der Straße etablieren
- IAA Mobility als Leitmesse für die Zukunft der Mobilität aus Bayern zurück in die Metropolregion Berlin-Brandenburg holen

VIII. Soziales und Gesundheit – Entscheidung für Lebensqualität und Unterstützung

Wir stehen für eine Sozialpolitik, die niemanden allein lässt. Eine Politik, die Fürsorge anbietet – und Vorsorge fördert, aber auch einfordert. Dabei müssen wir den gesellschaftlichen und demografischen Wandel berücksichtigen. Die Gleichberechtigung von Frauen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir arbeiten weiter daran, dass sie in allen Lebensbereichen auch tatsächlich verwirklicht wird. Ehe und Familie bleiben unser Leitbild. Die Familienformen werden gleichzeitig immer vielfältiger. Wir wollen alle Familien stärken, damit Familie und Beruf leichter vereinbar sind, damit Angehörige einfacher gepflegt werden können. Und vor allem – damit unsere Kinder behütet aufwachsen. Menschen mit Einschränkungen wollen wir die bestmögliche Teilhabe verschaffen und die Barrierefreiheit weiter ausbauen.
Die Menschen in unserem Land werden immer älter. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Unsere Gesellschaft muss sich darauf einstellen. Wir wollen das Brandenburger Gesundheitssystem fit für die Zukunft machen. Alle Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen am medizinischen Fortschritt teilhaben und ein erfülltes Leben im Alter genießen können – auch auf dem Land.

68. Alle Familien unterstützen

Ehe und Familie sind die Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dabei gilt für uns: Zuerst stehen die Eltern in der Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Gute Familienpolitik dringt nicht in das private Leben ein, sie fördert und unterstützt. Dies beginnt bei einer guten Kinderbetreuung, führt über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und umfasst auch finanzielle Unterstützung in schwierigen Situationen.
Jede Familie ist einzigartig. Die Familienformen werden zugleich immer vielfältiger. Für uns ist entscheidend, dass Menschen füreinander da sind und Verantwortung übernehmen:

- Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser in der Stadt und auf dem Land weiterentwickeln und umfassende niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten
- Familien auch bei der Pflege Angehöriger unterstützen
- das Netzwerk „Gesunde Kinder“ für Kinder bis zum 6. Lebensjahr ausweiten
- digitale Angebotsstrukturen ausbauen, um Familienleistungen zugänglicher zu machen
- auf Bundesebene für die Einführung von Familienzeitkonten hinwirken, damit Eltern vorübergehend ohne finanzielle Nachteile Arbeitszeit reduzieren können
- Ausbildung von Familienhebammen unterstützen
- Einsamkeit bei Jung und Alt entgegenwirken

69. Kinderschutzgesetz für Brandenburg

Kinder und Jugendliche zu schützen ist eine Aufgabe, die die gesamte Gesellschaft fordert. Es braucht intakte Familien – sowie Wachsamkeit und eine Kultur des aktiven Hinsehens bei allen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Ihr Schutz muss sowohl im analogen als auch im digitalen Leben besser werden. Darum wollen wir Präventionsangebote erweitern, Ermittler stärken, konsequente Strafverfolgung ermöglichen, die Opferhilfe ausbauen und vor allem ein eigenständiges Kinderschutzgesetz erarbeiten:

- ein Kinderschutzgesetz für Brandenburg erarbeiten, das Kindeswohl und Kindergesundheit in den Mittelpunkt stellt
- Schutzkonzepte gegen sexuellen Kindesmissbrauch in allen Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Kliniken und der Behindertenhilfe umsetzen beziehungsweise weiterentwickeln
- Gütesiegel „Kinderschutz im Sport“ ausweiten
- Austauschstrukturen für Ärztinnen und Ärzte aufbauen, wenn sich der Verdacht ergibt, dass Minderjährige von physischer, psychischer, sexueller Gewalt oder Vernachlässigung bedroht sind
- vertrauliche Spurensicherung nach Sexualdelikten auch für Betroffene unter 18 Jahren weiterentwickeln
- Quellen-Telekommunikationsüberwachung sowie erweiterte Nutzung der Mittel der Vorratsdatenspeicherung und der Onlinedurchsuchung einsetzen
- Straftaten im Bereich des Missbrauchs und der Misshandlung von Kindern und Jugendlichen konsequent verfolgen, auch durch erweiterte Ermittlungsbefugnisse

70. Brandenburg muss attraktiv sein für junge Menschen

Brandenburg soll lebenswert sein und das für alle Generationen. Wir wollen die Abwanderung von jungen Menschen nicht hinnehmen, sondern Brandenburg attraktiver machen, damit auch Jugendliche und junge Familien ihre Zukunft hier sehen. Wir setzen uns ein für:

- ein breitgefächertes und attraktives Angebot von Ausbildungsmöglichkeiten
- bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen
- gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten unterstützen wir breitgefächerte Angebote der Jugendarbeit mit den Schwerpunkten Kultur und Sport, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit
- wir unterstützen Initiativen von privaten Personen, Vereinen und Betrieben für die Schaffung von neuen Freizeitmöglichkeiten in Sport, Kultur oder auch Clubs in der Fläche
- wir laden einmal im Jahr die Jugend- und Auszubildendenvertretungen im Land Brandenburg zu einem Gesprächsaustausch ein - wir wollen ganz nah am Puls der Auszubildenen und damit an den Fachkräften der Zukunft sein

71. Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen lebensnah ausgestalten

Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen darf nicht nur formuliert, sondern muss in allen gesellschaftlichen Bereichen gefördert, durchgesetzt und gelebt werden. Wir werden die Lebenssituation von Menschen mit Einschränkungen im engen Austausch mit den Verbänden weiter verbessern. Das betrifft auch den Zugang zur Arbeitswelt:

- Bekenntnis zu den Zielen einer inklusiven Gesellschaft entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention, die die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt
- Barrierefreiheit weiter ausbauen und fördern, insbesondere Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Realisierung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im ÖPNV unterstützen
- ein standardisiertes Zertifikat der Werkstätten für Menschen mit Behinderung im Berufsbildungsbereich einführen und dessen Anerkennung auf dem ersten Arbeitsmarkt mit den Kammern abstimmen

72. Selbstbestimmtes Leben im Alter fördern, Einsamkeit entgegenwirken

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger werden immer älter. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben können. Darauf muss sich unsere Gesellschaft einstellen:

- Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe der Daseinsvorsorge betrachten
- Seniorenpläne / Seniorenpolitische Leitlinien fortschreiben
- altersgerechten und barrierefreien Umbau von Wohnungen unterstützen, damit Menschen bis ins hohe Alter in ihrem vertrauten Umfeld selbstbestimmt leben können
- digitale Assistenzsysteme als Chance für altersgerechtes Wohnen nutzen
- Angebote des täglichen Lebens in ländlichen Regionen sollen auch künftig als Vor-Ort-Angebote, beispielsweise in mobiler Form, aufrechterhalten werden
- durch generationenübergreifende Wohnformen Jung und Alt zusammenbringen und damit auch Einsamkeit begegnen
- Senioren bestärken, sich mit ihrer Erfahrung in Parlamenten, Gemeindevertretungen, Ausschüssen und Beiräten einzubringen
- gesellschaftliche Teilhabe von Senioren durch digitale, analoge und interessenbestimmte Bildungsangebote aktiv fördern – dabei sind auch analoge Angebote insbesondere für öffentliche Dienstleistungen zu erhalten
- Einrichtung von Beratungsstellen für Senioren unterstützen
- Lebenslanges Lernen auch mit Hilfe digitaler Angebote ermöglichen und eine aktive Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sichern

73. Flächendeckende Gesundheitsversorgung absichern

Krankenhäuser, Haus- und Fachärzte müssen überall im Land Brandenburg verfügbar sein, nicht nur in großen Städten oder im Berliner Umland. Dafür wollen wir gemeinsam mit den Landkreisen, Kommunen, Krankenkassen und Verbänden sorgen. Gerade in den ländlichen Regionen wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und ambulanten Strukturen wie Allgemeinmedizinern und Apotheken noch besser koordinieren. Prävention, Gesundheitskompetenz, Gesundheit und Pflege müssen noch stärker zusammengedacht werden:

- medizinische Versorgungszentren (MVZ) stärken und ausbauen
- tatsächliche Unter- und Überversorgungen nach einer Bedarfsmessung ausgleichen
- Gemeindeschwestern für die Basisversorgung, die die Versorgung chronisch kranker und älterer Patienten insbesondere auf dem Land sicherstellen und damit Hausärzte entlasten, einsetzen
- Ausbildung von Familienhebammen unterstützen
- Ausbildung neuer akademisierter Berufsfelder (z.B. Advanced Practice Nurse) etablieren
- E-Health und Telemedizin ausbauen und anwenderfreundlich ausgestalten, zum Beispiel durch Reduktion von Mehrfachuntersuchungen
- Wir setzen uns ein für eine bessere Vernetzung und eine interprofessionelle und ambulant-stationär-übergreifende Versorgung
- Studiengänge Pharmazie und Zahnmedizin einführen
- Berufsgruppen im Gesundheitswesen wie Medizinische Fachangestellte, Pharmazeutisch-Technische Assistenten und Medizinisch-Technische Radiologie-Assistenten sowie Heilmittelerbringer in der öffentlichen Wahrnehmung stärker würdigen
- Aufbau von Förderregionen für innovative, auch digitale Ansätze zur Sicherstellung einer hochwertigen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum
- Umsetzung von Modellprojekten zur wohnortnahen Versorgung und der Vernetzung der wesentlichen Berufsgruppen im Gesundheitssystem

74. Alle Krankenhausstandorte im Land erhalten

Veränderungen der Krankenhauslandschaft dürfen nicht durch ein Bundesgesetz erzwungen werden, selbst wenn gewisse Reformen tatsächlich erforderlich sind. Die Krankenhausplanung ist aus gutem Grund eine Länderangelegenheit und sollte das bleiben. Alle Krankenhaus-Standorte spielen in der stationären und ambulanten Versorgung eine wichtige Rolle. Eine flächendeckende Grundversorgung muss gesichert bleiben:

- Krankenhausplanung und Steuerung durch das Land Brandenburg
- die Krankenhausplanung zwischen Brandenburg und Berlin muss die Bedürfnisse der Brandenburger Kliniken berücksichtigen

- auskömmliche Finanzierung mit langfristiger Planungssicherheit für alle Krankenhausstandorte, denn Liquiditäts- und Rettungsprogramme helfen nur kurzfristig
- Rettungsfristen einhalten und Notfallversorgung sichern, dabei spielen die integrierten Rettungsstellen in Zukunft eine wichtige Rolle

75. Ärztinnen und Ärzte für ganz Brandenburg gewinnen

Vielen Praxen im Land droht die Schließung, wenn in den kommenden Jahren keine Nachfolger für die in Ruhestand gehenden Mediziner gefunden werden. Wir wollen dieser Entwicklung mit einer Doppelstrategie begegnen: mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden und ihre gleichmäßigere Verteilung im Land durch Anreize verbessern. Zudem muss die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigt werden, ohne die Qualitätsansprüche zu mindern:

- kommunales Zuschussprogramm für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum auflegen, damit es Kommunen erleichtert wird, gemeindliche Grundstücke für Praxen bereitzustellen, finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung medizinischer Großgeräte zu leisten und weitere Anreize für Ärzte zu schaffen
- Landarztstipendium ausbauen und für angehende Zahnmediziner öffnen: finanzielle Unterstützung beim Studium, im Gegenzug gilt die Verpflichtung für den Einsatz im ländlichen Raum Das Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus IUC zum Erfolg führen attraktive Studiengänge an den medizinischen Hochschulen anbieten
- in den allgemeinbildenden Schulen frühzeitig über Ausbildungsmöglichkeiten informieren und junge Menschen für gesundheitliche Berufe begeistern
- Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg auch künftig sichern
- Dort, wo die gesundheitliche Versorgung nicht durch den freien Beruf des Arztes oder Zahnarztes gewährleistet werden kann, werden wir Medizinische Versorgungszentren unterstützen.Beruf und Familie im Kontext des Gesundheitswesens mit seinen spezifischen Anforderungen und Belastungen besser aufeinander abstimmen und Familienfreundlichkeit verbessern

76. Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe denken und Pakt für Pflege weiterentwickeln

Der Personalmangel, aber auch die erheblich steigenden Pflegekosten belasten die Träger und Betroffenen bzw. deren Angehörige immer stärker. Wir finden: Gute Pflege muss für alle Menschen finanzierbar bleiben. Deshalb muss auf Bundesebene die Finanzierung der Eigenbeteiligung in der stationären Pflege auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Unser Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen eine qualifizierte Pflege anzubieten und ihnen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Zudem setzen wir auf bessere Rahmenbedingungen, um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter zu erleichtern:

- Fortsetzung, Ausbau und Weiterentwicklung des erfolgreichen Pakts für Pflege und Einbeziehung in das Landespflegegesetz
- Prävention in der Pflege stärken, um Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern
- Stärkung der ambulanten Pflege vor stationärer Pflege
- frühzeitig über die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten (Pflegehelfer, Pflegeassistenten, Pflegefachkräfte und Pflege-Studium) in den allgemeinbildenden Schulen informieren und junge Menschen für Pflegeberufe begeistern
- Pflegekräftegewinnung aus der Perspektive der Pflegekräfte neu denken und die Ausbildung stärker auf deren unterschiedliche Lebenssituationen abstimmen, um Abbrüche zu vermeiden
- Pflege- und Therapiewissenschaften an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg stärken
- Digitalisierung vorantreiben, um Bürokratie abzubauen und mehr Zeit für die Pflegenden zu haben
- mehr Flexibilität beim Personaleinsatz, aber Leiharbeit eindämmen
- Unterstützung pflegender Angehöriger ausbauen

IX. Land und Leben im Einklang – Entscheidung für unsere Umwelt

Der alte, in der Forstwirtschaft geprägte Begriff der Nachhaltigkeit ist heute zu Recht in aller Munde. Für uns ist ein nachhaltiges Wirtschaften eine Selbstverständlichkeit. Denn nur so wird es uns gelingen, die Schöpfung zu bewahren und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Mit Innovation, Mut und Kreativität wollen wir diese Politik so gestalten, dass sie nicht zur Belastung für einzelne Gruppen oder Regionen wird, sondern zu einem Gewinn für uns alle. Denn der Begriff der Nachhaltigkeit umfasst nicht nur die ökologische, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit. Dabei behandeln wir ökologische und sozio-ökonomische Ziele gleichberechtigt und setzen auf Fortschritt und Technologieoffenheit statt auf pauschale Verbote. Wichtige Entscheidungen und Änderungen werden wir stets im Dialog mit den Betroffenen erarbeiten und nicht über deren Köpfe hinweg. Wir setzen auf Akzeptanz, Vernunft und Pragmatismus. Für uns ist klar: Unsere wichtigsten Partner beim Umwelt-, Arten- und Klimaschutz sind die Brandenburger Bäuerinnen und Bauern, die Förster, Fischer und Jäger – alle, die unsere Wälder, Felder und Seen nutzen, pflegen und gestalten. Sie sichern mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln unsere tägliche Versorgung, pflegen unsere Kulturlandschaft und sichern gute Arbeitsplätze. Kurzum die Brandenburger Landwirtschaft inklusive die Gartenbaubetriebe sind systemrelevant. Ob größere Unternehmensform oder familiengeführte Betriebe – die CDU ist der Partner der Landnutzer und unterstützt sie auch in schwierigen Zeiten. Im engen Austausch wollen wir für Verlässlichkeit und Planungssicherheit sorgen und das Vertrauen in die Politik wiederherstellen, das durch die Berliner Ampelkoalition beschädigt wurde.

77. Landwirtschaft zukunftsfähig und attraktiv halten

Wir wollen auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Brandenburg. Die Brandenburger Landwirtschaft vereint schon heute Tradition mit Innovation. Digitale Technologien können die Ressourceneffizienz und die Erträge steigern:

- Ergänzung des Artikel 43 der Landesverfassung um staatliche Förderung der Ernährungsversorgung
- Junglandwirte unterstützen und Berufe in der Agrarwirtschaft attraktiv gestalten
- auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Regulierungen die Interessen der heimischen Landwirtschaft berücksichtigen
- Digital- bzw. Smart-Farming im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes mehr Gewicht einräumen und praxisnah begleiten
- universitäre Forschung in Kooperation mit Landwirten fördern und begleiten
- Investitionssicherheit schaffen: Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass Investitionen über den gesamten Abschreibungszeitraum unangetastet bleiben
- die Tierhaltung gehört zu Brandenburg: Wir wollen sie mindestens auf jetzigem Stand erhalten – und bei Bedarf ausweiten; dies gilt auch für Verarbeitungsbetriebe der tierischen Wertschöpfungskette
- wir stärken die regionale Vermarktung in Brandenburg
- starre Quotenvorgaben zum Anteil von Bio-Lebensmitteln lehnen wir ab
- Milchviehbetriebe müssen als energieintensiv anerkannt werden
- wir haben Vertrauen in die gute fachliche Praxis: Wir drängen die Beweislastumkehr entschieden zurück
- keine weitere Ausweisung von Naturschutz- und Wildnisgebieten
- der verantwortungsvolle Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gehört zur guten fachlichen Praxis
- Vereinfachte Genehmigungsverfahren zur Gefahrenabwehr bei drohenden wirtschaftlichen Schäden auch in Schutzgebietskulissen fest implementieren (PSM-Einsatz, Frostberegnung, etc.)
- Garten- und Obstbau sind Teil der Brandenburger Landwirtschaft, wir unterstützen Sie bei Ihren spezifischen Fragestellungen, insbesondere zum Erhalt bestehender Kulturen und zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln

78. Wolfsbestand aktiv regulieren

Seit bald zwei Jahrzehnten sind Wölfe Teil der Brandenburger Tierwelt. Seitdem wächst der Bestand kontinuierlich und ist mittlerweile auf rund 1.000 Wölfe angewachsen. Damit ist der gute Erhaltungsstand bereits überschritten. Die dadurch entstehenden Konflikte und wirtschaftlichen Schäden, insbesondere für Weidetierhalter, haben mittlerweile trotz Unterstützungsangeboten ein überbordendes Ausmaß erreicht:

- Aufnahme des Wolfs als geschützte Art ins Brandenburger Jagdrecht, um die Rechtssicherheit für Jäger zu verbessern
- darauf hinwirken, dass die Bundesregierung schnellstmöglich Artikel 16 FFH-Richtlinie zur Entnahme von Wölfen vollständig in deutsches Recht umsetzt

und die Überführung des Wolfs in Anhang V der FFH-Richtlinie bei der EU beantragt
- sobald rechtlich möglich, eine aktive Bestandsregulierung vornehmen
- Sicherung des heimischen Wildbestandes gegenüber dem Wolf

79. Jagd und Fischerei sind gelebter Naturschutz

Jagd und Fischerei gehören zur Brandenburger Identität Sie leisten einen Beitrag zum Umwelt-, Natur- und Artenschutz. Jäger gehen verantwortungsvoll mit dem ihnen anvertrauten Wildbestand um und verhindern gemeinsam mit Landwirten und Waldbesitzern Wildschäden auf landwirtschaftlichen Flächen und in den Wäldern. Wir wollen deshalb Jäger in das Management und die Schadensprävention weiterer Wildarten einbeziehen. Wir werden die konsequente Bejagung von Neozoen, die unserer heimischen Artenvielfalt schaden, intensivieren. Brandenburg ist Fischereiland Nummer Eins in Deutschland. Die Lebensgrundlage unserer Fischer werden wir sichern, indem wir unter anderem ihre Arbeit bei der Entwicklung von Freizeitangeboten an Gewässern und beim Wassermanagement besser berücksichtigen. Weil knapp die Hälfte der in Deutschland heimischen Fischarten gefährdet ist, werden wir den Gewässer- und Fischartenschutz verstärken und so die natürlichen Lebensgrundlagen der Fische erhalten:

- Bedeutung der Jagd hervorheben und stärken
- beim Waldumbau auf Interessenausgleich von Jägerschaft und Waldeigentümern setzen – nach dem Grundsatz „Wald mit Wild“
- Änderungen beim Jagd- und Fischereirecht nur mit einem ideologiefreien Interessensausgleich
- wir unterstützen Wiederansiedlungsprogramme von Aal und Lachs
- gegenüber der Bundesregierung für eine unkomplizierte Entnahme geschützter Arten (Kormoran, Biber Silberreiher, Fischotter) zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Fischereiwirtschaft einsetzen
- keine Verschärfung der waffenrechtlichen Bestimmungen des Landes Brandenburg und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Jagdwaffen
- Jagdverbände und Fischereiverbände sind für uns anerkannte Umweltverbände und gehören in gleicher Weise gefördert
- Jugendarbeit des Landesanglerverbandes aktiv unterstützen
- regional erzeugte Fisch- und Wildlebensmittel bei der Vermarktung durch ein Regionalsiegel unterstützen
- Artenkenntnis für mehr Umweltschutz: Nur was erkannt wird, kann geschützt werden – daher fördern wir die Natur- und Umweltbildung (bspw. Lernort Natur)

80. Forst- und Waldwirtschaft

Die Forstwirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag zum Umwelt-, Klima-, und Naturschutz und ist die einzige Kohlenstoffsenke im Land. Der Zustand der Brandenburger Wälder muss besser werden. Eine aktive Waldbewirtschaftung ist für uns unbestritten,

da der Wald nachwachsende Rohstoffe und eine Vielzahl an kostenfreien Ökosystemleistungen für die Gesellschaft bereitstellt:

- nachhaltige Nutzung und Bewirtschaftung unserer heimischen Wälder sichern
- Kaskadennutzung beinhaltet auch die energetische Nutzung von Holz
- Kleinprivatwald bei der aktiven Bewirtschaftung unterstützen
- Waldumbau mit standortgerechten heimischen und nichtheimischen Baumarten
- Vertragsnaturschutz im Wald ausbauen
- Erschwernisausgleich für Einschränkungen in FFH-Gebieten forcieren
- Beratung von Privatwaldbesitzern und Forstbetriebsgemeinschaften stärken
- Waldbrandschutz durch Prävention und Umweltbildung

81. Kleingärten als grüne Herzen in unseren Städten bewahren

Kleingärten bieten Erholung und regionale Lebensmittel für nahezu 100.000 Menschen in Brandenburg. Gleichzeitig sorgen Kleingärten im urbanen Bereich für zusätzliches Grün im Stadtbild, bieten vielen geschützten Arten Lebensraum und erhalten unversiegelte Flächen, auf denen Niederschlagswasser versickern kann:

- Mittel für die Kleingartenrichtlinie aufstocken
- zweite Förderrichtlinie mit Mitteln aus dem Umweltetat etablieren
- Vereine im Strukturwandel der Mitgliedschaft begleiten und unterstützen

82. Klimaschutz und -anpassung vorantreiben

Der Klimawandel ist unbestritten. Wir bekennen uns daher zur dringenden Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen, zur Einhaltung der international vereinbarten Klimaschutzziele sowie einer Klimaanpassungsstrategie – aber nur gemeinsam mit den Menschen. Unser Vorgehen ist dabei marktbasiert, sozialorientiert und technologieoffen. Denn nur dann werden Klimaschutzmaßnahmen nicht nur akzeptiert, sondern auch aktiv unterstützt. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Brandenburg behalten wir dabei stets im Blick. Bestehende Industrien werden wir bei der Transformation unterstützen. Neue innovative Geschäftszweige werden wir fördern:

- Etablierung marktwirtschaftlicher Instrumente zur Honorierung von Ökosystemleistungen der Landnutzer
- Brandenburg kann als Reallabor für den Umgang mit dem fortschreitenden Klimawandel Innovationsgeber sein
- Forschung und Wissenstransfer zur Anpassung an den Klimawandel intensivieren, insbesondere zu neuen, klimaangepassten Sorten
- Bekenntnis zum Ziel der Klimaneutralität bis spätesten 2045
- wir werden eine Brandenburger Strategie zur Speicherung, Nutzung und zum Transport von CO2 erarbeiten und entsprechende Technologien fördern
- CO2 muss dort zuerst eingespart werden, wo es am kostengünstigsten und einfachsten ist

83. Nachhaltige Rohstoffe und Bioökonomie berücksichtigen

Nachwachsende Rohstoffe wie Holz, Hanf oder Schilf leisten einen wertvollen und nachhaltigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Die Potentiale der Branche zeigen sich schon heute deutlich im seriellen Bauen mit Holz – so wird zur Defossilisierung des Gebäudesektors beigetragen. Auf diese Weise verbindet sich gesundes und sicheres Wohnen mit positiven Folgen für die heimische Kulturlandschaft und für die Wertschöpfung in ländlichen Räumen:

- Umsetzung einer Bioökonomie mit Industrie und Produzenten und Einrichtung eines Innovationsclusters Bioökonomie
- die Leistung von Kohlenstoffsenken und Substitutionseffekte der nachwachsenden Rohstoffe honorieren
- notwendige Anpassung von technischen und baurechtlichen Hürden bei nachwachsenden Rohstoffen

84. Landschaftswasserhaushalt aktiv managen

Aufgrund der klimatischen Veränderungen und des gestiegenen Verbrauchs ist das Wassermanagement in den letzten Jahren zu einer zentralen Aufgabe geworden. Hochwasserschutz, Wasserrückhalt und Grundwasserneubildung müssen zusammengedacht werden. Hierzu erhalten und stärken wir unsere regulierbare Gewässerinfrastruktur. Außerdem werden wir das Wasserrecycling verbessern und gereinigtes Abwasser ohne bedenkliche Rückstände nach der 4. Klärstufe wiederverwenden oder verrieseln lassen. Zur Verbesserung des Wasserangebots stärken wir auch die regionalen Wasserkreisläufe. Die Lausitz befindet sich mit dem Ausstieg aus der Braunkohle in einer besonderen Situation. Eine wegweisende Studie des Umweltbundesamts hat Lösungen für dieses Problem aufgezeigt, die wir zügig umsetzen wollen:

- zeitnahe Umsetzung einer technischen Lösung zur Stabilisierung der Spree, der Lausitzer Neiße und der Schwarzen Elster nach den bergbaufolgebedingten Schäden
- Empfehlungen der Studie des Umweltbundesamts zur Wasserüberleitung prüfen und aktiv an Lösungen mitarbeiten
- aktives Wassermanagement, das das Wasser in der Landschaft nicht nur abführt, sondern reguliert und die bisher ergriffenen Maßnahmen zusammenführt und weiterentwickelt
- die Wiedervernässung von Mooren gemeinsam mit den Betroffenen umsetzen; dafür setzen wir Anreize und bieten Kompensationsmöglichkeiten
- dauerhafte Beibehaltung der entgeltfreien Wassernutzung für Nutztiertränken
- Wir fördern die Etablierung von Agroforstsystemen in der Kulturlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Klimaresilienz

X. Heimat und Tradition – Entscheidung für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Brandenburg lebt von seiner Vielfalt, von den unterschiedlichen Regionen, Traditionen und Besonderheiten. Auch in Zukunft setzen wir auf lebendige Städte und eng verbundene Dorfgemeinschaften. Wir treten für eine offene Gesellschaft und werteorientierte Politik ein, in der die Familie und die Ehe eine wichtige Grundlage unserer solidarischen Gesellschaft bilden. Das Miteinander der Generationen, soziale Absicherung und die Verantwortung des Einzelnen sind gleichermaßen von Bedeutung. Ehrenamt, Vereinswesen, Kirchen und Sport werden wir so unterstützen, dass der Charme Brandenburgs als lebenswertes, bodenständiges Land mit engagierten und heimatverbunden Menschen erhalten bleibt. Kultur- und Geschichtsbewusstsein und vor allem die Werte unserer Demokratie bestimmen auch in Zukunft unser Zusammenleben.

85. Gleichwertige Verhältnisse im ganzen Land fördern

Der Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu erreichen, muss umgesetzt werden. Es darf kein Brandenburg erster und zweiter Klasse geben!

- stärker aufeinander abgestimmte Planung in den Bereichen der Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeentwicklung
- mit einer Neuauflage des Standarderprobungsgesetzes sollen Experimentierklauseln geschaffen werden, die es Kommunen ermöglichen, auch ungewöhnliche Lösungswege zu erproben
- neu geschaffene Behörden oder Einrichtungen sollen nicht nur in der Hauptstadtregion, sondern in allen Landesteilen ansiedelt werden
- Bündnis für lebendige Innenstädte fortsetzen, um die Attraktivität unserer Innenstädte und Ortsteile zu erhalten

86. Lausitz beim Strukturwandel als Partner unterstützen

Für die Menschen in der Lausitz ist der Strukturwandel die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre. Damit aus finanziellen Zusagen tatsächlich erfolgreiche Projekte werden, braucht die Lausitz die Unterstützung der Landespolitik, einen Partner, auf den Verlass ist. Wir stehen zur Lausitz – ohne Wenn und Aber:

- große Ansiedlungen wie die Medizinische Hochschule und das Bahnwerk in Cottbus sollen in die gesamte Region ausstrahlen
- enge Abstimmungen mit regionalen Akteuren, insbesondere der Wirtschaftsinitiative Lausitz, um den Wirtschaftsstandort Lausitz zu vermarkten, Fachkräfte zu halten bzw. zu gewinnen und Wirtschaft und Wissenschaft zu vernetzen
- Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen intensivieren und gemeinsam Entscheidungen für die Region abstimmen
- Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen sichern
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Lausitz Europas erstes „Net-Zero Valley“ wird, denn unter den 41 Kohle- und Energieregionen Europas kommt ihr eine

besondere Verantwortung zu – hier vollzieht sich der Wandel von einer fossil geprägten hin zu einer grünen Technologieregion

87. Entwicklung ländlicher Raum

Brandenburg ist vielfältig und viele Menschen fühlen sich wohl in ländlichen Regionen. Gleichzeitig stellen sich hier auch besondere Herausforderungen, denen wir gerecht werden müssen:

- Die CDU Brandenburg berücksichtigt weiterhin die zentralen Ergebnisse der Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ (EK 6/1)
- Wir werden die Weiterentwicklung der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ und die eigenständige Interessenvertretung der Dorfbewegung in einem sogenannten „Parlament der Dörfer“ unterstützen
- Amtliche Statistiken des Landes sollen fortlaufend Daten, speziell über Dörfer bzw. Ortsteile sammeln
- Wir wollen Konzepte zur sozialen Dorfentwicklung (sogenannte Dorfentwicklungskonzepte der Zweiten Generation) verstärkt fördern und die Gründung von Dorfläden unterstützen
- Die Partizipation von Frauen soll in LEADER-Prozessen weiter gestärkt werden
- Die CDU Brandenburg bekennt sich zur Fortführung und Weiterentwicklung von LandAktiv und AgrarAktiv auf Grundlage der Fachkräftestudie für die Landwirtschaft
- Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung ländlicher Räume ist die flächendeckende Versorgung mit Breitbandnetzen und Mobilfunk
- Die Forschung, Entwicklung und Anwendung von digital gestützten Agrartechnologien sollen stärker gefördert und ausgebaut werden
- Die betriebliche Datensicherheit und -hoheit soll durch Regelungen gewährleistet werden
- Die Neufassung von Landschaftsschutzgebieten, mit dem Ziel einer Ausgliederung von Siedlungsbereichen wird weitergeführt. Kommunale Entwicklungen sollen in LSG unbürokratisch ermöglicht werden - bei Befreiungs- und Ausgliederungsentscheidungen sollen die in Beschlüssen kommunaler Gremien enthaltenen öffentlichen Interessen berücksichtigt werden
- Die Kommunikation mit Vertreterinnen und Vertretern der Land-, Forst- und
- Fischereiwirtschaft zur Verifizierung von Erschwernissen soll in engem Austausch, in Form eines Beirats, erfolgen
- Für dringend notwendige Reparaturen der kommunalen Infrastruktur oder wichtige Investitionen sollen kleine, finanzschwache Gemeinden, mit weniger als 3000 Einwohnern, im ländlichen Raum auf Antrag unbürokratisch mit einmaligen Investitionszuschüssen aus Landesmitteln aus einem hierfür aufgelegten Förderprogramm "Starke Dörfer im ländlichen Raum", als Neuauflage und Erweiterung des ausgelaufenen Förderprogramms „Kommunaler Straßenbau“ unterstützt werden

- Voraussetzung soll sein, dass die antragstellende Kommune eine weit unterdurchschnittliche Steuereinnahmekraft in einem zurückliegenden dreijährigen Zeitraum (abgeschlossenes Haushaltsjahr einschließlich zwei vorhergehender Haushaltsjahre) in ihrer Gemeindegrößenklasse aufweist
- Die Höhe der Zuwendung soll sich auf die zuwendungsfähigen Ausgaben gemäß der entsprechenden Förderrichtlinie, angelehnt an die Richtlinie KStB Bbg 2021, beziehen

88. Gesellschaft und Ehrenamt noch besser vereinbaren

Wir stärken das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt, denn Selbstverwirklichung des Einzelnen und die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen gehören für uns zusammen und sind Voraussetzung für eine lebendige und vielfältige Gesellschaft:

- Reduzierung bürokratischer Vorgaben für ehrenamtliches Engagement wie Versicherungsauflagen, Registrierungspflichten oder Datenschutzbestimmungen sowie mehr Unterstützung und Entlastung bei administrativen Aufgaben
- ehrenamtliches Engagement stärker honorieren, zum Beispiel durch Berücksichtigung steuerlicher Freibeträge, vergünstigter Verkehrstickets und zusätzliche Angebote der Ehrenamtskarte

89. Für den Sport begeistern

Brandenburg ist Sportland. Hunderttausende Menschen jeden Alters treiben aktiv Sport – ob privat mit der Familie, im Verein oder im Profi-Bereich. Der Sport ist zudem der größte Ehrenamtsbereich des Landes Brandenburg. Mehr als 380.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger betätigen sich im organisierten Sport. Wir fördern und unterstützen das Sportland Brandenburg, um allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern gute sportliche Angebote zu unterbreiten. Ein besonderer Fokus gilt dabei vor allem dem Kinder- und Jugendsport:

- Ausbau und Instandhaltung von Sportstätten unterstützen: erfolgreiches Investitionsprogramm des „Goldenen Plans Sport“ zum Sportstättenbau fortführen, um den Sportvereinen und Kommunen Unterstützung zu geben
- zusätzliche Mittel in der Sportförderung für den Landessportbund, um damit die Kreis- und Stadtsportbünde sowie Fachverbände zu stärken
- prüfen, ob mindestens der Kinder- und Jugendsport als kommunale Pflichtaufgabe in der Kommunalverfassung eingestuft werden kann, um die Kommunen entsprechend zu unterstützen
- Ausbau der frühkindlichen Bewegungsförderung und verbindliche Aufnahme des Themas in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher
- besondere Beachtung und Berücksichtigung des Sports im Zuge des Ganztagsausbaus an Schulen

- Schwimm-Offensive: Jedes Kind in Brandenburg soll schwimmen lernen! Wir schaffen die Voraussetzungen dafür durch bessere Erreichbarkeit von Schwimmbädern, ein Förderprogramm für Kommunen und Vereine und Anreize für den Beruf des Schwimmmeisters
- E-Sport als Möglichkeit zur Stärkung von Inklusion und Zusammenhalt bei den wachsenden Vereinsstrukturen unterstützen und sicherstellen, dass eine Gaming-Sparte keine negativen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit von Sportvereinen entfaltet

90. Freizeit- und Kultureinrichtungen unterstützen

Kultur ist das Herzstück Brandenburgs – sie verleiht dem Land nicht nur seine Identität, sondern fördert auch Bildung, Zusammenhalt und Austausch. Kultur trägt zu einer resilienten Gesellschaft bei. Freizeit-, und Kultureinrichtungen wie Zoos, Schwimmbäder, Dorfgemeinschaftshäuser, Büchereien und Museen, aber auch das Kleingartenwesen bereichern die Lebensqualität und das Gemeinschaftsgefühl. Kulturelle Angebote und Zugang zu kultureller Bildung muss es im ganzen Land geben. Kultur ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Ministerien berührt. Wir wollen durch Vernetzung, eine bessere Identifizierung von Ressourcen und Entbürokratisierung weitere Potentiale der Kultur heben:

- Weiterentwicklung der kulturpolitischen Strategie mit klaren Leitplanken, verbindlichen Anforderungen und sicherer Finanzierung
- Freiwilliges Soziales Jahr im Kulturbereich stärken
- wir wollen das bau- und gartenkulturelle Erbe Brandenburgs an die Herausforderungen des Klimawandels anpassen
- Musikschulen stärker unterstützen, sowohl finanziell als auch im Hinblick auf Musikschulpädagogen
- Zoologische Gärten als beliebte Ausflugsziele und Teil der Natur- und Umweltbildung (zum Beispiel Zooschulen im Tierpark Cottbus und im Zoologischen Garten Eberswalde) als Landesaufgabe aufnehmen und entsprechend unterstützen
- den ländlichen Raum besser kulturell vernetzen, beispielsweise durch den Ausbau der Kulturbuslinien, um die interessierten Brandenburgerinnen und Brandenburger in die Zentren zu bringen oder Angebote der Kulturinstitutionen zu präsentieren
- Unterstützung von Heimat- und Volksfesten, Festivals und Ausstellungen, die für Brandenburg und seine Regionen Identität und Verbundenheit stiften sowie bei Kommunen und Gewerbetreibenden für positive wirtschaftliche Effekte sorgen

91. Eine verständliche Sprache verwenden

Aus unserer Sicht lässt sich das richtige Anliegen, allen Menschen mit Respekt zu begegnen, nicht durch Zwang und Bevormundung erreicht. Unsere Sprache sollte sich an den Regeln des Rates für deutsche Rechtschreibung orientieren. Sie muss vor allem von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern akzeptiert werden. Wir sind offen für sprachliche Entwicklungen, aber gegen sprachliche Umerziehung und die Überhöhung der sogenannten Gendersprache als „Kulturkampf der Gleichberechtigung“:

- in klarer Übereinstimmung mit der übergroßen Bevölkerungsmeinung lehnen wir Sonderzeichen in der Verwaltungssprache ab, auf die Verwendung der sogenannten Gendersprache werden wir daher zukünftig landesweit verzichten
- Wir werden festschreiben, dass in der öffentlichen Verwaltung sowie weiteren staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen (wie Schulen, Hochschulen, Rundfunk) auf das Gendern mit Sonderzeichen verzichtet wirdin Schulen und Hochschulen darf die Wahl der Geschlechteransprache keinen Einfluss auf die Benotung bzw. Bewertung haben

92. Kirchen und Religionen würdigen

Das Grundgesetz und unsere Landesverfassung schützen die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Ausgehend von unserer christlich-abendländischen Tradition ist der Dialog zwischen den Religionen von zentraler Bedeutung für ein friedliches Miteinander und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Aber wir erwarten insbesondere von Menschen, die zu uns kommen, sich mit den Prinzipien der Religionsfreiheit, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Toleranz vertraut zu machen und sich daran zu halten:

- christliche Werte und Traditionen als wertvollen Bestandteil unserer Gesellschaft und Fundament unserer Kultur schätzen
- Unterstützung der Arbeit der Kirchen in Brandenburg sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum - zusammen mit den Kirchengemeinschaften überprüfen wir die Kirchenstaatsverträge, um Ihre wertvolle Arbeit finanziell und langfristig zu unterstützen, so wollen wir zum Beispiel eine Dynamisierung der Staatsleistungen an die katholischen Kirchen etablieren, wie es die evangelische Kirche bereits in ihrem Vertrag festgelegt hat
- Unterstützung des interreligiösen Dialogs, um ein besseres Verständnis zwischen den Religionen zu fördern, Vorurteile abzubauen und religiöse Unterschiede besser zu verstehen
- Wahrung der Karfreitagsruhe und des gesetzlich verankerten Tanzverbots
- Bekenntnis zum Religions- bzw. LER-Unterricht an unseren Schulen
- enger Austausch mit Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbänden
- verantwortungsvolle Abwägung zwischen der Sonntagsruhe und den für den Handel wichtigen verkaufsoffenen Sonntagen

93. Erinnerungskultur wachhalten

Die Erinnerung an die totalitären Mechanismen und Opfer der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland muss als Mahnung, aber auch als wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit wachgehalten werden. Da es für das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte, die Zeit des Nationalsozialismus, kaum noch Zeitzeugen gibt und auch die Spuren der SED-Diktatur nach 35 Jahren verblassen, muss sich die Erinnerungskultur auf veränderte Herausforderungen einstellen:

- Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur weiterhin unterstützen
- Erinnerungskultur stärken und Konzeptionen entwickeln, die der abnehmenden Rolle der aktiven Erlebnisgeneration Rechnung tragen
- Menschenrechtszentrum Cottbus zur zentralen Einrichtung des Landes als Gedenkstätte für das DDR-Unrecht in Ostdeutschland machen sowie als Lern- und Erinnerungsort für politische Bildungsarbeit gegen politische, rassistische oder religiöse Verfolgung entwickeln und entsprechend fördern
- Zudem wollen wir die Traditionen und das kulturelle Erbe des historischen Ost-Brandenburgs jenseits von Oder und Neiße im heutigen Polen dokumentieren, erhalten und erforschen

94. Hauptstadtregion gemeinsam mit Berlin entwickeln

Brandenburg und Berlin sind als deutsche Hauptstadtregion im Herzen Europas verflochten und aufeinander angewiesen. In vielen Bereichen arbeiten Brandenburg und Berlin bereits eng zusammen und haben gemeinsame Institutionen. Dennoch gibt es noch erhebliche Möglichkeiten, unseren gemeinsamen Erfolg weiter zu steigern:

- Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg frühzeitig abstimmen und dabei Entwicklungsmöglichkeiten auch für die im weiteren Metropolraum gelegenen Städte und Gemeinden verankern
- Der Strategische Gesamtrahmen für die Hauptstadtregion muss stärker auf Zukunftsinvestitionen ausgerichtet werden. Ein Schwerpunkt soll die Energiepolitik werden: Der regional erzeugte Strom soll auch regional verbraucht werden. In den Brandenburger Energieüberschussregionen wollen wir deshalb energieintensive Rechenzentren ansiedeln und mit Berlin eine resiliente Glasfaserinfrastruktur entwickeln

95. Tradition und Sprache der Sorben und Wenden bewahren

Das sorbisch/wendische Volk ist seit vielen Jahrhunderten ein wichtiger Teil der Brandenburger Geschichte und unserer Kultur und steht in besonderem Maße für die Lausitz. Die einzigartige Sprache und die Traditionen haben unser Land geprägt und sollen auch weiterhin eine Brücke zu den slawischen Nachbarn sein. Deshalb werden wir den Erhalt der sorbischen Sprache, Kultur und Identität fördern und unterstützen.

- Konsequente Umsetzung des Verfassungsauftrags zum Spracherhalt, einschließlich ausreichender Lehrkräfte und Erzieher, beispielsweise durch Etablierung einer Lehramtsausbildung für die niedersorbische Sprache an der BTU Cottbus-Senftenberg
- Förderung moderner Sprachvermittlungsmethoden und Unterstützung der Digitalisierung der sorbischen Sprache für den Einsatz im Alltag und in der modernen öffentlichen Verwaltung
- Stärkung der sorbischen Kultur in Sprache, Literatur, Wissenschaft, Kunst, Jugendarbeit, Bildung und Brauchtum sowie Ausbau des Vereinslebens und sorbischsprachiger Rundfunkangebote
- Fortführung und Stärkung des Witaj-Konzepts zur Förderung der sorbischen Sprache in Kindergärten und Schulen
- Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung für die Stiftung für das sorbische Volk, insbesondere durch den Einsatz für ein auskömmliches Finanzierungsabkommen gegenüber dem Bund

96. Niederdeutsch als Kulturgut erhalten

Die niederdeutsche Sprache ist in ihren regionalen Besonderheiten schützenswert. Um diese Mundart zu bewahren, wollen wir uns für den Erhalt und die weitere Vermittlung mit folgenden Maßnahmen einsetzen:

- Erarbeitung eines digitalen Lexikons zur Bewahrung für die Zukunft
- Förderung moderner Sprachvermittlungsmethoden und Möglichkeiten des Spracherwerbs
- Einführung von Pilotprojekten zur Sprachvermittlung an Schulen

97. Europa wertschätzen

Für uns gilt: Unsere Heimat ist Brandenburg, unser Vaterland heißt Deutschland, und gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern sind wir Europa. Wir bekennen uns aus Überzeugung zur Europäischen Union und wollen ihre Politik konstruktiv mitgestalten. Eine Abkehr von der Europäischen Union führt nicht zu mehr Wohlstand und politischer Stabilität, sondern zum Gegenteil. Deshalb muss unsere Europapolitik integrativ ausgerichtet sein:

- Europa stärken, wo die Staaten und Regionen zu klein sind, um auf globale Herausforderungen Antworten zu geben
- wir setzen uns dafür ein, dass Brandenburg stärker von der europäischen Förderpolitik profitiert und auch in der nächsten Förderperiode (ab 2027) Mittel für den Strukturwandel in vergleichbarer Höhe aus Brüssel erhält
- Unterstützung eines bürgernahen Europas mit Schulaustausch, Städtepartnerschaften und dem Erlernen anderer Sprachen
- starke Landesvertretung in Brüssel sicherstellen
- Einführung ehrenamtlicher „Europagemeinderäte“, um die europäische Identität zu stärken und um den Regionen unseres Landes mehr Gewicht in der EU

zu verleihen: Kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sollen die Möglichkeit erhalten, regelmäßig nach Brüssel zu reisen, um sich dort beispielsweise über Fördermittel für ihre Region zu informieren oder Abgeordneten des Europäischen Parlaments eine Rückmeldung über die Auswirkungen EU-rechtlicher Vorgaben vor Ort zu geben

98. Nachbarschaft zu Polen pflegen

Brandenburg ist das Land mit der längsten Landesgrenze zu unserem Nachbarn und Partner Polen. Die Zusammenarbeit ist für unser Land von immenser Bedeutung und umfasst nahezu alle Lebensbereiche:

- mehr Polnisch als Fremdsprache an Schulen anbieten, Kultur und Geschichte des Nachbarlandes in den Lehrplänen stärker berücksichtigen
- Finanzielle und strukturelle Stärkung und Förderung der Vermittlung der polnischen Sprache im Grenzgebiet
- Unterstützung und Begleitung von Initiativen zur Förderung der deutschen Sprache aus der polnischen Diaspora”
- Kultur und Geschichte Polens sollen Regelbeispiele in den Lehrplänen werden - ebenso sollen Schulen dazu ermutigt werden, durch Kurs- und Klassenfahrten nach Polen den zwischenmenschlichen Austausch zu fördern”
- eine engere Zusammenarbeit ist in vielen Bereichen sinnvoll und möglich: zum Beispiel bei Migration, Sicherheit, Umweltschutz, Energieversorgung oder Verkehrsinfrastruktur

Impressum

V.i.S.d.P.:
CDU-Landesverband Brandenburg
Landesgeschäftsführer: Gordon Hoffmann
Gregor-Mendel-Straße 3 - 14469 Potsdam